

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchent-
lich zweimal am Dienstag u. Freitag.
Abonnementspreis, mit der Beilage:
Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg.,
vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier
Zustellung ins Haus monatlich
5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 1,35 Mk.
Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Infektionsgebühr die sechs gepal-
tene Zeitzeile oder deren Raum
20 Pfg. Inserate der sozialdemo-
kratischen Partei und der Freien
Gewerkschaften 10 Pfg. Das Beleg-
exemplar kostet 10 Pfg. Sprech-
stunden der Redaktion an allen
Wochentagen 12-1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, industriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 20.

Danzig, den 11. März 1914.

5. Jahrgang.

Der Wert der Organisation!

Lieber Leser und liebe Leserin! Es ist kein Wahlkampf, zu dem wir dich heute aufrufen; es handelt sich heute nicht darum, dich anzufeuern zur Teilnahme an großen Volkskundgebungen gegen Angriffe der Arbeiterfeinde auf deine politischen oder wirtschaftlichen Grundrechte; auch nicht zu Demonstrationen wollen wir dich heute begeistern für die Erklämpfung neuer Volksrechte und Freiheiten. Aber der Grund, weshalb wir uns heute an dich wenden, ist darum nicht minder wichtig. Ja, der Zweck dieses Artikels schließt gewissermaßen alles andere im Keime schon in sich; dieser Zweck bildet recht eigentlich die Vorbedingung des Kampfes für alle jene anderen Dinge, von denen sonst meist in unseren Flugblättern die Rede ist.

Wir wollen nämlich heute die erste und eindringliche Mahnung an dich richten:

Tritt der politischen Organisation deiner Klasse bei! Werde Mitglied des sozialdemokratischen Vereins!

Gewiß; stattlich groß ist heute schon das Heer der klassenbewußten Arbeiter, die in geschlossenen Bataillonen der roten Fahne folgen. Nahezu eine Million beträgt heute schon die Zahl derer, die in Deutschland Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine sind. Aber was bedeutet das gegenüber den vielen Dutzenden von Millionen erwachsener Arbeiter und Arbeiterinnen, die es heute in Deutschland gibt und von denen eigentlich jeder einzelne politisch organisiert sein müßte, wenn er seine wahren Interessen erkannt hätte? Was bedeutet die Zahl von knapp einer Million politisch organisierter Arbeiter gegenüber den vierhundert Millionen von Wählern, die bei der letzten Reichstagswahl, am 12. Januar 1912, in Deutschland sozialdemokratisch gestimmt haben? Und was bedeutet diese Zahl politisch organisierter selbst gegenüber der weit mehr als doppelt so großen Zahl von Arbeitern, die in Deutschland heute bereits den freien Gewerkschaften angehören?

Wir nehmen an, lieber Leser, daß auch du deiner Gewerkschaft angehörst, wie es die verlässliche Pflicht und Schuldigkeit jedes Arbeiters ist. Sollst du noch nicht Mitglied deiner Gewerkschaft sein, dann hole das bisher Verläumtete so schnell wie möglich nach. Das aber laß dir sagen:

Die Angehörigkeit zur Parteiorganisation ist genau ebenso wichtig wie die Angehörigkeit zur Gewerkschaft!

Gerade jetzt haben die Arbeiterfeinde aller Art einen wütenden Sturm auf unternommen gegen das gewerkschaftliche Grundrecht der deutschen Arbeiter, gegen das Recht der Arbeiter, sich mit ihren Klassengenossen in wirtschaftlichen Organisationen zusammenzuschließen zur Erklämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von hinten her, durch hinterlistige Abwürgung des Rechtes auf Streikpolizeien, durch eine besonders rasche und besonders scharfe Streikjustiz und durch ähnliche Maßnahmen soll das Koalitionsrecht der Arbeiter abgewürgt werden. Wer tritt da in den Parlamenten allein manhaft und entschieden für die wirtschaftlichen Rechte und Interessen der Arbeiter ein? Die Sozialdemokratie! Aber nur dann vermögen die sozialdemokratischen Abgeordneten wirksam diese Rechte und Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, wenn hinter ihnen

Die ganze Macht geschlossener Massenorganisationen

steht. Denn viel mehr Respekt noch als vor den Vertrauensmännern der Arbeiter im Reichstage und in den Landtagen haben die Volksfeinde vor den Arbeitern selbst — aber nur dann, wenn sie in festgeschlossenen, kampferprobten Organisationen in Reih und Glied marschieren.

In enger Wechselwirkung stehen auch sonst die politischen und die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter. Denke an die Sozialpolitik, den Arbeiterschutz, der im Januar wieder einmal in die wilden Anstrengungen der Agrarier, den heute schon unerträglichem Follwucher durch Erhöhung aller und Einführung neuer Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel ins Ungeheuerliche zu steigern und damit den Arbeitern alles das wieder zu rauben, was sie in jahrzehntelangen opfervollen Lohnkämpfen sich etwa errungen haben. Die Verhandlungen des preussischen Dreiklassenparlamentes im Januar haben dies verbrecherische Bestreben der agrarischen Volksausbeuter und ihrer Helfershelfer aufs deutlichste enthüllt!

Denke an die durch die sinnlose Politik der kapitalistischen Regierungen heraufbeschworene ständige Kriegsgefahr dieser letzten Jahre, die auch das wirtschaftliche Wohlergehen der Arbeiter in der schwersten Weise geschädigt hat! Denke an die brutale Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung durch die herrschenden Klassen! Denke an die freche Bedrohung aller Volksrechte durch die militärische Säbelherrschaft, wie sie die Vorgänge von Zabern uns gezeigt haben! Denke an das schmachliche Versagen aller bürgerlichen Parteien, an ihre feige Unterwerfung unter den Kürassierstiefel des Militarismus!

In allen diesen und tausend anderen Kämpfen sind auch deine Rechte und Interessen, lieber Leser, eingeschlossen und entschieden wahrgenommen worden einzig und allein von der Sozialdemokratie! Und sie hätten noch weit wirksamer wahrgenommen werden können, wenn

die organisierte Macht der Sozialdemokratie größer gewesen wäre,

wenn die politischen Organisationen deiner Klasse doppelt und dreifach so stark gewesen wären, wie sie es in Wirklichkeit sind!

Willst du daraus nicht die Lehre ziehen, lieber Leser und liebe Leserin, und gleichfalls jetzt endlich dem sozialdemokratischen Verein deiner Klasse bei Reichstagswahlen, bei Landtagswahlen und bei Gemeinderatswahlen in der wirksamsten Weise vor! Du ebnest den Boden für die Abwehr von Angriffen und für die Eroberung neuer Rechte! Und weiter: Du vernehrst und vertieftest dort dein Wissen! Es werden im Parteiverein regelmäßig Vorträge gehalten über alle die Arbeiter interessierenden Angelegenheiten unseres ganzen öffentlichen Lebens. Keine wichtige Frage der Gesetzgebung, der Wirtschaftspolitik, des Arbeiterrechts gibt es, die in unseren sozialdemokratischen Vereinen nicht in den Kreis der Erörterung gezogen würde. Die ungezwungene Diskussion, die sich an die Vorträge oder an Vorlesungen aus allgemeiner verständlichen politischen Büchern anschließt, bietet ebenso wie die Einrichtung besonderer Diskussionsabende auch dem ungeschulten Arbeiter die willkommene Gelegenheit, in ganz ungenierter Weise seine Gedanken zu äußern und sich so ostentativ im Kreise von Gleichgenossen in der Kunst der freien Rede zu üben.

Nur äußerst selten ist ferner bei den heutigen traurigen Einkommensverhältnissen der einzelne Arbeiter in der Lage, sich eine so umfangreiche Bibliothek anzuschaffen, daß er aus ihr all seinen Durst nach Wissen und Aufklärung befriedigen kann. Auch hier tritt, wenn irgend möglich, die politische Organisation durch Gründung und Ausbau einer gemauerten Bibliothek helfend ein, und zwar ist auf allen diesen und hundert anderen Gebieten der Verein naturgemäß um so leistungsfähiger,

je mehr Mitglieder er hat!

Deshalb noch einmal, lieber Leser und liebe Leserin, tritt der politischen Organisation bei!

Treue deine Pflicht!

Mittelstand und Sozialdemokratie!

Von J. ...

Die Volkswacht in Jerichow hat von neuem ein Versagen des Freisinnigen gezeigt: zu zwei Dritteln haben sich die freisinnigen Wähler auf Seite der Reaktionäre geschlagen und uns den Wahlkreis entzogen.

Wenn nach der Dämpfungskampagne peinlichen Angebens hier und da in unseren Reihen wunderbare Theorien von der angeblichen Wiedergeburt des Liberalismus aufgestellt wurden, so ist das heute wohl ein überwundener Standpunkt. In Jerichow haben zur Abwechslung die Führer einigermaßen den politischen Anstand gewahrt, aber die Wähler versagten, während bei anderer Gelegenheit die Führer, die Parlamentarier versagten. Das geht beim Freisinn Reich um und es bleibt halt in unseren Tagen der Liberale — ein hohler Darm mit Furcht und Hoffnung ausgefüllt. Das Gott erbarm! Und auch ein zweites Sprüchlein des Mittelmeisters trifft zu auf diese politischen Windmacher. „Nur verloren, alles verloren! Da wäre es besser: nicht geboren.“ Mit gegen die Reaktion werden sie nie mehr finden, weil ihnen die Furcht vor der Sozialdemokratie im Nacken sitzt und eben deshalb gibt es für den Liberalismus keine Wiedergeburt.

Das reizt es immer wieder, den sozialen Prozeß der Zersetzung zu betrachten, der das einst — lang, lang ist's her! — truhige deutsche Kleinbürgertum zu solchen Jammerklappen macht. Gerade in dem Wahlkreise Jerichow kann man sicher in dieser Beziehung interessante Studien machen. Hier rekrutieren sich die freisinnigen Wähler zweifellos in der Hauptsache aus typischen Kleinbürgern. Es gibt keine Großstadt in dem Kreise, aber es ist auch kein eigentlich ländlicher Wahlkreis; Großindustrie gibt es nicht, dagegen ist die Zahl der kleinen Gewerbetreibenden respektabel. Man geht also kaum fehl, wenn man als das Gros der rund 8300 freisinnigen Wähler (bei der Hauptwahl 1912) in den Kreisen eben der kleinen Handwerker und Kaufleute mit ihren Angehörigen sieht.

Warum haben sie in ihrer Mehrheit bei der letzten Stichwahl gegen Haupt für Herrn Schiele gestimmt? Es ist selbstverständlich schier unmöglich, auf eine solche Frage eine erschöpfende Antwort zu finden, denn es spielen dabei gar viele Motive mit. Bei der Stichwahl im Jahre 1912 haben sich die freisinnigen Stimmen so ziemlich halbiert und dadurch fiel uns der Wahlkreis zu. Das stärkste Motiv, das damals auf die Stimmung der Wähler einwirkte, war zweifellos der Streit über die Steuerfrage vom Jahre 1909, die den Mittelstand nicht minder schädigte wie die Arbeiter, deshalb entschied sich das Kleinbürgertum für den Roten, von dem man sicher sein konnte, daß er gegen drückende Steuern ist. Die jetzige Wahl fand in einer Situation statt, die jeden Freisinnigen zwingen müßte, unter allen Umständen gegen den Reaktionär zu stimmen. Die politische Lage wird beherrscht durch den Kampf gegen den Militarismus, der sich in seiner ganzen Schönheit in Zabern zeigte. Es sollte für einen Mann, der auch nur einen Funken Verständnis für den Liberalismus hat, in solchen Zeiten unmöglich sein, für einen Konservativen zu stimmen. Trotzdem sind die freisinnigen Stimmen zuweilen dem Reaktionär zugefallen! Den Ausschlag gaben also Anschauungen und Stimmungen in bezug auf wirtschaftliche und soziale Fragen. Hier liegt der Hase im Pfeffer.

Die große wirtschaftliche Frage ist jedenfalls der Kampf um die Handelspolitik. Tatsache ist aber, daß das Kleinbürgertum Deutschlands, auch soweit es sich liberal gebärdet, schutzpolizeienhaft denkt. Das ist freilich eine unverzeihliche Dummheit. Die industriellen Schutzzölle treiben die Preise in die Höhe, aber davon hat der kleine Gewerbetreibende nicht Nutzen, sondern Schaden. Denn es ist eine längst erwiesene Tatsache, daß die Erzeugnisse der Großindustrie, die Rohstoffe und Halbfabrikate am stärksten und nach-

haltigsten im Preise steigen (besonders ist das auf die Kartelle zurückzuführen). Somit werden den Handwerkern die Produktionskosten verteuert und sie sind nur zum Teil in der Lage, die Preise ihrer Erzeugnisse entsprechend zu erhöhen, weil sie daran durch die Konkurrenz der Fabriken gehindert werden.

Ebenso wirkt der Lebensmittelpreiserhöhung verheerend für den Mittelstand, zum Teil verheerender noch als für die Arbeiter: der Lebensunterhalt der Familien der Handwerker und Krämer wird verteuert, außerdem steigen aber die Löhne. Die Arbeiter müssen höheren Lohn erzwingen, wenn die Kaufkraft des Geldes sinkt, wenn der Lebensunterhalt teurer wird, und diesen erhöhten Lohn kann der Großproduzent leichter zahlen als der kleine Krämer. Doch es nützt nichts: der denkfaule Kleinbürger schwört auf den Schutzzoll und befragt damit die Geschäfte der Junker und des Großkapitals. Es bleibt halt wahr: die allerdümmsten Kälber wählen ihre Wehger selber!

Ausschlaggebend für die reaktionären Kräfte des Kleinbürgertums ist jedoch der Haß gegen das Proletariat, die bloße Furcht vor der Sozialdemokratie. Dieses Motiv wirkt ständig. Kurzzeit aber hat die Besitzenden eine wahre Bersekerwut erfaßt, die sich in dem wüsten Geschrei nach „Schutz der Arbeitswilligen“ so schön äußert. Und wieder sollte man meinen, daß gerade die kleinen Gewerbetreibenden vernünftigerweise sich sagen müßten, ein Herabdrücken der Lebenshaltung der Arbeiter könne ihnen am wenigsten nützen, ja es beschleunige ihren Untergang. Je geringer die Kaufkraft des Arbeiters, desto weniger verdient der Krämer, der Schuster, der Schneider, wiewohl überhaupt Handwerk und Kleinhandel im höchsten Maße auf die Kundschaft der Arbeiter angewiesen sind. Wozu noch kommt, daß bei Verschlechterung der Erwerbverhältnisse der erwachsenen Arbeiter umso mehr Frauen und Kinder in die Fabrik getrieben werden. Aber das früher von dem gut situierten Kleinbürger gern im Munde geführte Sprüchlein „leben und leben lassen“ ist dem von der kapitalistischen Heßjagd bedrohten heutigen Kleinbürger längst abhanden gekommen. Er hat nur noch den Glauben an die Polizeifaust, die der Begehrlichkeit der Arbeiter Halt gebieten soll. — Im Rahmenjammer der wirtschaftlichen Krise ist dieses Gefühl der Angst und des Hoffens besonders lebhaft und das wird bei der Wahl in Jerichow mitgewirkt haben.

Daß der Mittelstand in seiner großen Masse niemals anders denken und fühlen lernt, ist unmöglich. Im Gegenteil. Wir sehen seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts dieses Kleinbürgertum immer reaktionärer werden. So weit es heute noch liberal ist, springt der rosarote Firnis ab, wo irgend die Entscheidung gilt. Es ist das unabweisbare Schicksal jeder Klasse, die von der sozialen Entwicklung überrannt wird, daß sie der Reaktion verfallen muß.

Aber unter diesen Millionen von Kleinbürgern gibt es Tausende und Abertausende, die genügend Urteilskraft bewahrt haben, um einzusehen, daß sie nur in der Arbeiterbewegung ihr Menschenwürde retten können. Die deutsche Sozialdemokratie hat aus den Reihen dieser Klasse vor jeder starken Zuwachs erhalten und es waren nicht die Schlechtesten, die zu uns kamen. Es genügt statt vieler Namen den des Drechslermeisters August Bebel zu nennen. Dem Kleinbürgertum als Klasse ist nicht zu helfen, aber der Sozialismus verheißt dem wertigsten Handwerker und Kaufmann ebenso wie dem Proletarier statt Sklaverei, Mühsal und verzweifeltstem Kampf ums Dasein, vermehrtes Lebensglück. Schreden kann er nur die Wächter, die kapitalistischen Beherrscher der Welt, deren Macht sich aufbaut auf der Versklavung und dem Elend von Millionen. So gilt es für uns, auch in den Reihen des Mittelstandes Rekruten zu werben für den großen Befreiungskampf der Menschheit. Es gilt, jenen Männern und Frauen des werktätigen Kleinbürgertums, die nicht von blindem Haß gegen das Proletariat verzerrt werden, Klar zu machen, daß wenn sie freie Menschen sein wollen, es für sie nur einen Platz im politischen Kampfe gibt: an der Seite des Proletariats, in den Reihen der Sozialdemokratie.

Politische Übersicht.

International.

Die angebliche „Vaterlandslosigkeit“ der Sozialdemokratie spielt aus Anlaß der Verurteilung der Genossin Luxemburg wieder eine große Rolle in der gegnerischen Presse. Wir haben oft darauf hingewiesen, wie diese Leute sich selbst ohrfreien, wenn sie auf der einen Seite das Christentum preisen und auf der anderen sich „deutschnational“ im landesüblichen Sinne gebärden. Denn das ursprüngliche Christentum war genau so international wie heute die Sozialdemokratie; es verwarf die Lehre, daß es ein „ausgewähltes“ Volk von besonders hervorragenden Qualitäten gäbe, es wandte sich an alle Völker, es wollte ihre Vereinigung und Verbrüderung. Natürlich hat aber der moderne Sozialismus den Gedanken der Internationalität weiter entwickelt, mehr in ihn hineingetragen, als dies eine vor 2000 Jahren entstandene Lehre tun konnte. Mit vorzüglicher Klarheit zeigt die kürzlich von Eduard Bernstein herausgegebene Schrift von Friedrich Engels „Gründe für die Sozialdemokratie“, die Gedankenfülle, die unsere Vorämpfer in den Sozialismus hineinlegten, und aus ihr muß auch der Begriffsstutzigste erkennen, was es mit der Internationalität der Sozialdemokratie auf sich hat.

Unmittelbar versteht sich die Internationalität der Sozialdemokratie daraus, weil das Proletariat sich nur international befreien kann. Die Befreiung der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtschaft ist nicht in einem einzigen Lande möglich, sondern nur durch die gemeinsamen Anstrengungen der Proletarier in allen kapitalistischen Ländern. Dies ist die notwendige Folge der wirtschaftlichen Umwälzung, die seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts der Großkapitalismus gebracht hat und die die Engelsche Schrift etwa mit folgenden Gedankengängen darlegt.

Nicht in allen Ländern gleichzeitig wurde die Dampfmaschine in großem Maßstabe angewandt, sondern zuerst in England; in weitem Abstände erst folgten Frankreich, Deutschland und die übrigen Länder Europas; die anderen Weltteile — Amerika natür-

ausgenommen — bleiben zunächst überhaupt noch in halb-barbarischem Zustande. Aber die immer billiger werdenden Preise der englischen Fabrikate zogen alle übrigen Länder in diesen Strom der kapitalistischen Entwicklung hinein. Nicht, daß sie sofort ebenfalls die Dampfmaschine einführen — das haben sie die außereuropäischen Länder zum größten Teil erst in den letzten Jahrzehnten und dann mit dem Hebe europäischer Kapitalisten getan. Aber sie kauften die wohlfeileren Waren der Engländer und ließen ihre eigenen Manufakturarbeiten zu Grunde gehen. So sind Länder, wie Indien und China in die kapitalistische Entwicklung hineingezogen worden. Es ist dahin gekommen, daß eine neue Maschine, die heute (1847) in England erfunden wird, binnen eines Jahres Millionen von Arbeitern in China außer Brot setzt."

Zuerst also auf diese Weise hat die große Industrie alle Völker der Erde mit einander in Verbindung gebracht. Der Abzug der Waren, der früher mehr oder minder an den Standort der Industrie gebunden war — weil nur sehr hochwertige Waren den langen und kostspieligen Transport nach fernen Orten vertugten — wurde durch einander geworden; jede mit der Maschine produzierte Ware konnte überall in der Welt verkauft werden, die ganze Welt war ihr Markt, der Weltmarkt war geschaffen.

So haben die Dinge im Jahre 1847, und es ist klar, daß somit jeder wirtschaftliche Fortschritt in einem Lande auf alle anderen Länder einwirken muß. Eine Interessenverbindung aller Länder war so geschaffen. Um dieselbe Zeit, als Goethe schrieb: „Wenn hinten fern in der Türkei die Völker auf einander schlagen“, geht uns das hier nichts an, was tatsächlich gar nicht mehr so. Durch die wirtschaftliche Verbindung waren die Geschicke der Völker mit einander verflochten. Daß sich dies in den letzten verflochtenen 45 Jahren noch viel mehr durchgesetzt hat, bedarf keines Beweises.

Daraus allein ergibt sich schon, daß, wenn jetzt (1847) in England oder Frankreich die Arbeiter sich befreien, dies in allen anderen Ländern Umwälzungen nach sich ziehen muß. Greift schon die Aufstellung einer neuen Maschine in England so tief in die Lebensverhältnisse anderer Völker ein, so müßte dies vielmehr der Fall sein, wenn das ganze englische Wirtschaftssystem von Grund auf umgestaltet würde. Deshalb müssen rückständige Verhältnisse in anderen Ländern hemmend einwirken auf die Befreiung der englischen Arbeiter, und so ergibt sich die Internationalität der Sozialdemokratie von selbst. Die Proletarier der vorgefertigten Länder sind zum Zwecke ihrer eigenen Befreiung unbedingt darauf angewiesen, unter einander und mit den Arbeitern der anderen Länder Hand in Hand zu gehen.

Aber diese Internationalität liegt auch durchaus im Sinne und Interesse des allgemeinen Kulturfortschritts. Das Kapital selbst braucht ja mehr und mehr die ganze Erde ohne Rücksicht auf die Landesgrenzen als Feld seiner Betätigung, und längst ist deshalb die Bourgeoisie international geworden. Denken wir an die Fikien der modernen Wirtschaftsentwicklung, die Kartelle, Sanktionen und Trusts — von denen man 1847 noch nichts wußte — so geht es nicht einen unter ihnen, der sich an die Landesgrenzen lehnt. Und selbst soweit der moderne Großbetrieb sich noch, wie bei Krupp, in den Händen einer Firma oder einer Familie befindet, erstreckt er seine Beziehungen, seinen Besitz, seine Geschäfte weit ins Ausland hinein. Es ist schon so, wie das Kommunistische Manifest sagt: Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen."

Deutschland.

Pecuniärer Adelspiegel.

Annemarie von Nathusius, die unter dem Pseudonym Renate von Falkenberg schreibt, hat einen neuen Roman geschrieben und bei Reicher in Dresden herausgegeben; er heißt: „Ich bin das Schwert und ich, wie der Rheinisch-Westfälische Zeitung sagt, einen neuen pecuniären Adels- und Ehrensiegel“ dar. Das genannte Blatt, dessen Güte im Lager der Kohlen- und Eisenwaren gute Beziehungen zu den preussischen Junkern pflegt, fällt wenig über diese Romanabhandlung her. Also beschreibt das Blatt den Inhalt des Romans:

Renate von Falkenberg, deren Aufzeichnungen und Briefe den Roman „Ich bin das Schwert“ bilden — er ist gut geschrieben und stellt, rein auf Technische gesehen, einen Fortschritt der Schriftstellerin Annemarie von Nathusius dar — sagt gegen den Schluß ihrer Bekanntmachung: „Ich rechne mich nicht zu den Schriftstellern, ich rechne mich vielmehr zu denen, die eine Art Aufklärungsdienst tun müssen in der Gegenwart.“ Im Ueberflusse möglicher Aufklärung mag erreicht sie ihr Leben

und ihre Leiden, damit vorübergehende Leben und Leben ungefähr aller Gefährdeten ihrer Kreise abwechselnd. Der preussische Landadel ist nach Annemarie von Nathusius eine unglaublich verfallene Gesellschaft, wenigstens was den männlichen Teil anlangt. Diese Tiere in Uniform und Calarod, aufgewachsen bei Trinkgelagen, beim Spiel, in schlechter Frauengesellschaft, im rohen stumpfsinnigen Frontdienst, mit irgend einer Konversation und Zerknirschung als einzigen einigen Blüthen und oberflächlichen Romanen“, werden dann später „alle Schweine, die von Unberührtheit und Reinheit grünen“, in ihrem Kreise herrschen nicht etwa Anstand, Ritterlichkeit und strenge Ehrbegriffe, sondern lediglich „Billfür, bestialische Rohheit, traffe Ungebildetheit, der Hang, nach außen zu glänzen, Verlogenheit und Freigebigkeit — das alles verbunden mit einer geradezu irrigen Hoffartigkeit“. Hier verdupelt der Vater den Sohn an eine reiche Halbweiblerin, der Bruder die Schwester an einen uniformierten Wüstling, dem er verschuldet ist, die Ehefrauen traktieren ihre Frauen mit Schlägen, Tritzen und Gewalttätigkeit jeder Art, beschern ihnen nach Ueberfluß häßliche Krankheiten, belügen und betrügen sie nach der Schwere, geben falsche Zeugnisse und betrüben sie mit ihrem abeligen Wort, und die Besten unter ihnen sind noch Dummköpfe von fabelhaftem Ausmaß.

Donnerwetter, das ist ein Porträt, vor dem einem ungarischen Schweinezüchter grausen kann. Und alles was die Rheinisch-Westfälische Zeitung dagegen sagen kann, ist, die Nathusius überlegere und verallgemeinere, sie lasse sich von Haß und Rachegier leiten. Je nun: wenn der Porträtist die Hauptlinien scharfer herausarbeitet, das Charakteristische betont und die Nebensüge nur andeutet, so bleibt sein Wert immer noch lebenswahr. Im vorliegenden Falle graust lebenswahr. Sie ist wirklich zumutlich vorliegend; sie kennt als Entlein des frommen Mitarbeiters der Kreuzzeitung und der ebenso frommen Dichterin von Langenstein und Boblingen“ den preussischen Adel aus dem H. Mag ihr Roman übertrieben: den Charakter des Junkertums kennt und schildert die Verfasserin genau. Und diese in Rohheit verunkeltete Rasse herrscht in Preußen!

Wie ein Landarbeitermord „geföhnt“ wird.

Am 10. November 1913 wurde im Kreise Jüterburg der Landarbeiter Schürigkeit von dem Gutsbesitzer Willamowski erschossen. Der Erschossene war verheiratet und Vater von sechs Kindern. Der Hergang spielte sich folgendermaßen ab:

Am 10. November war eine Anzahl Instleute bei Willamowski im Pferdestall beschäftigt. Sie verursachten dabei einigen Lärm, der Gutsbesitzer wollte „Ruhe stiften“, und dabei sollen ihn die Arbeiter „bedroht“ haben. Der Agrarier holte das geladene Gewehr, das anscheinend auf den ostpreussischen Gutsböden zu den unentbehrlichsten Requisitionen gehört, ging damit den Arbeitern zu Leibe, die sich darüber noch mehr erregten, und nun ging er 80 Schritt zurück, brachte sich also in Sicherheit und schob am den Instmann Schürigkeit, der auf der Stelle tot zusammenbrach. Der Gutsbesitzer ist nicht vor Gericht gezogen worden. Dafür hatten sich jetzt die Mitarbeiter des Erschossenen, eine Anzahl Instleute, vor dem Jüterburger Schöffengericht wegen Bedrohung zu verantworten. Und sie wurden auch verurteilt. Der Instmann H. erhielt drei Monate Gefängnis, sein Sohn acht Wochen Haft; der Instmann Sch. wurde zu sechs Wochen Haft verurteilt. — Ostpreußen! Der Gutsbesitzer, der einen Arbeiter aus, man kann wohl sagen sicherer Deckung, erschließt, geht frei aus, die Kollegen des Erschossenen, die empört ob der an ihrem Mitarbeiter begangenen Tat aufbrausen, wandern auf Monate ins Gefängnis!

Der Staatsanwalt will kein Opfer haben. Infolge der Kritik, die sowohl im Reichstag wie im Landtag an der Verurteilung der Witwe Hann in Wandersbad geübt wurde (sie wurde wegen Beihilfe zur Ermordung ihres Mannes zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt), hatte die Elberfelder Strafkammer beschloffen, Frau Hann wieder auf freien Fuß zu setzen. Die Frau ist entlassen worden, aber hiergegen hat am Donnerstag der Staatsanwalt von der Elberfelder Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt. Wie der Staatsanwalt in der gegenwärtigen Situation, wo alle Welt von der Unschuld der Frau Hann und dem Fehlspruch der Geschworenen überzeugt ist, noch Vorbeeren ernen zu können glaubt, erscheint unverständlich.

Jagow maßregelt weiter. Eine Berliner Korrespondenz meldet, daß der herrliche Schutzmann Czeri, der Schutzmestreter des verbitterten Schutzmännervereins, zur Zubehaltung der Polizei zurückverlegt worden ist. Weiter teilt dieselbe Korrespondenz mit, daß unter den Schutzmännern eine Bewegung im Gange sei, die eine Vereinigung der Schutzmännerfrauen zwecks Errichtung

gegen gutes Geld gern auf Seitenwegen an die Grenze brachte. Erleichtert atmete Marquard auf, als er sie überschritt. Seine Gedanke war es, nun nach Frankreich zurückzukehren und dort seine Schätze zu verwerten. Er schätzte seine Reute auf gut sechzigtausend Frank. In Braunsberg jedoch erkannte ihn der Regimentskamerad, bei dem er nach dem Ausmarsch aus Wilna zurückgeblieben war und den er herabst hatte. Der Mann war von anderen Nachzügeln aufgefunden und gerettet worden. Marquard floh. Er wandte sich, nachdem er den Soldatenrock abgeworfen hatte, zuerst nach Königsberg, später nach Memel, wo er sich alsbald niederließ.

„Aus Zabern.“ Nach einer Meldung aus Straßburg soll die Verlegung der gesamten Gendarmerte auf Ansuchen der Zivilbehörde erfolgt sein, weil durch die Auslagen der Gendarmen in den Zaberner Prozessen ein erprießliches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich sei.

Weiter wird gemeldet, auch die Strafanträge der Behörden gegen die Hersteller und Vertreter von Grammophonplatten mit beleidigenden Darstellungen der Vorgänge in Zabern seien zurückgenommen worden.

Ausland.

Schweden.

Das schwedische Parlament ist seiner ablehnenden Haltung zu den militaristischen Forderungen halber aufgelöst worden.

Rußland.

Die russischen Exporteure und die Handelsverträge. Der in Kiew lagende Kongress der russischen Exporteure sprach die Notwendigkeit aus, daß die russische Regierung bei Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland die möglichste Zollermäßigung für verwandte landwirtschaftliche Produkte und eine Zollreduktion für Hafer erwirken wird.

Russische Anleihen im Auslande. Wie verlautet, bildet die in Frankreich abgeschlossene Eisenbahnangeleihe nur den Anfang einer Reihe von Anleihen, deren Gesamtsumme auf 2½ Milliarden Franks festgesetzt ist. Die Anleihen sollen alle ausschließlich von französischen Banken entweder ganz oder teilweise untergebracht werden.

Frankreich.

175 Millionen für Französisch-Aequatorial-Afrika. Der Ausschussbericht über die 175-Millionen-Anleihe zur wirtschaftlichen Hebung des äquatorialen Afrikagebietes Frankreichs ist den Abgeordneten zugegangen. Die Anleihe ist hauptsächlich zur Herstellung einer Bahnverbindung zwischen den beiden großen Gebieten bestimmt, die das französische Aequatorial-Afrika einerseits am Atlantischen Ozean, andererseits um den Tschad-See bildet und die nur durch einen verhältnismäßig schmalen Landstreifen verbunden sind, der sich zwischen dem Ubanghi und Kamerun hinzieht und durch die französische Kongo-Abtretung an Deutschland noch erheblich eingeschränkt wurde.

China.

Schadenersatzansprüche der Mächte. Die Mächte verlangen von der Regierung 65 Millionen Dollar Schadenersatz für die ihren Staatsangehörigen während der letzten Unruhen zugefügten Verluste. Die Regierung ist zahlungsunfähig. Die Auszahlung der genannten Summe würde den Staatsbankrott zur Folge haben.

Mexiko.

Niederlage der mexikanischen Rebellen. Die Rebellen wurden nach einem heftigen Kampfe in der Nähe von Torreon von den Regierungstruppen in die Flucht geschlagen. Sie ließen 400 Tote auf dem Schlachtfelde zurück.

Kleine politische Nachrichten.

Ein neues Reichsgesetz über das Schankgewerbe. Dem Reichstag ist unter dem Titel: Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderung einiger Paragraphen der Gewerbeordnung ein Gesetzentwurf zugegangen, der als ein schlimmes neues Polizeigesetz sich sowohl gegen das Schankgewerbe richtet, als auch geeignet ist, der Polizei eine Menge Handhaben für allerhand reaktionäre Streiche zu bieten.

Enver Paschas Hochzeit. Die Hochzeit der Nichte des türkischen Sultans, der Prinzessin Nadschid, mit dem Kriegsminister Enver Pascha wird aus Konstantinopel gemeldet.

Reichstagswahlwahl in Braunsberg-Heilsberg. Die Reichstagswahlwahl im Wahlkreise Braunsberg-Heilsberg findet am 24. April statt.

Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei hält am 21. März in Berlin eine Sitzung ab, in der Bassermann über die politische Lage reden wird. Außerdem soll Zeit und Ort des diesjährigen nationalliberalen Vertretertages festgelegt werden.

Wirkungen des Generalparsons. Der Steuerertrag des überwiegend landwirtschaftlichen Kreises Hildfeld a. d. Leine hat sich um 3½ Millionen, und derjenige des Kreises Dieznitz um 11 Millionen Mark erhöht.

Eigentum.

Der Herr von den Herr von Dertzen.

Im Jahre 1827 war er der Erste im. Er fand ein Auser und wurde ein Grundbesitzer. Auch neue Nebenamtler fand er sich nicht. Seine Weidmänner jedoch lebten bei Dertzen. Petrusliken hielten in den Sträucher Wäldern und in den Gärten an, um sie ihren Regimentern oder auch den nicht mehr vorhandenen waren. Ihren Körper zu schützen, aber nicht mehr nach solten freigesetzt auf der Kommandant. Er erblickt eben Durchsicht für das Stadtmittel. Das den schändlichen Grenadiere bestimmt war. Das Regiment kam an. Es waren noch einige wenige Mann. Alle Pferde fehlten. Als ich Marquard seinen Kameraden wieder begeleitete, waren ihm nichts weniger als freundliche Blicke. Er sah ihnen gegenüber, die abgesehen und verarmt, deren Göttermacher ertraten und zum Teil begehrt waren, sah gut aus. Marquard trug einen solthaben Helm mit einer Krone und gute Bekleidung an den Hüften. Seine Kameraden schmeckten und schauten nur mit dunkler kommenden Augen auf ihn.

Wenig am darauffolgenden Tage sah die Waise mit der von Waise ab, auf Abwege zu. Dem Sergeanten gelang es schon nach einigen Stunden das Weidliche wiederzufinden. Er sah es unter dem Berg, um einem schiefen Kameraden zu helfen. Bald sah er die Waise und nahm ihn nach ihm nicht geringe Beifall ab. Er sah sich auf eine neue Waise in einem Wald, wo er sich ein Feuer zu machen, die Nacht zu verbringen und dann der Ruhe zu gehen. Das vom Hauptmann werden im Laufe und lautes Geschrei. Er sah durch das Schwert des Waldes in die Richtung von welcher der Lärm kam. Da sah er vor sich, wie Soldaten eine Reihe bilden pflanzten, während andere im Feuergefecht mit bedringenden Mähten waren. Es war die Nacht von Kien, der hier die Nachkommen der Waise nicht mehr wahrnehmen konnte und die Waise der Soldaten preisgab, damit sie den Müssen nicht zu Tode würden. Nach dem Marquard die Lage übernahm. Er erkannte den Waise. Die schmerzlichen Bilder waren er achtlos herunter, wo sich die treibenden Soldaten darüber hermachten, um dann hinter einer schweren Last zusammenzubrechen. Er sah nach oben. Und er fand eine Waise, die Waise mit Soldaten erkannte. Er erkannte der Waise die Waise.

Er hatte das Beste gewählt. Trotzdem waren die Sätze schwer und drückend. Mühsam schleppte er sich mit ihnen durch den Wald zurück zu seiner alten Feuerstätte. Hier vergrub er die Sätze und wanderte weiter waldwärts. Seine Gedanken waren darauf gerichtet, ein Pferd zu bekommen oder polnische Bauern zu finden, die ihm und seiner Reute weiter helfen sollten. Die Nacht machte sich herab. Er beschloß, Feuer zu machen und zu warten bis zum Morgen. Kaum loderte das Feuer, so hörte er ein Geräusch in der Nähe. Marquard spannte keine Pistole. Unmerklich spähte er in die Dunkelheit. Zwischen den Bäumen trat plötzlich ein Mann hervor. Der Sergeant hob die Pistole:

„Halt!“ rief er drohend. „Kamerad!“ antwortete ihm eine matte Stimme. In das Feuer schleppte sich ein Soldat, in dem der Sergeant einen bantrischen Chevauleger erkannte. Hey habe sie in die Nachhut eingeleitet. Im Gespräch ergab sich, daß der Kamerad gleichfalls sich von seinem Regiment getrennt hatte, um auf eigene Faust schneller vorwärts zu kommen. Aber er hatte sich alle Kräfte erschöpft und war unfähig, sich Feuer machen zu lassen und Nahrung zu sich zu nehmen.

Der Sergeant gab ihm zu essen. Er führte den Armen sogar. Wie aus Dankbarkeit verriet ihm nun der Chevauleger, daß er im Walde auch ein Pferd habe, das an der Büchsen und dem abgestellten Lauf Jutter etwas gefunden hätte. Marquards Entschluß stand nach dieser Mitteilung fest. Der Kamerad schloß ein, nachdem er gestillt war. Marquard machte sich auf die Suche nach dem Pferd. Er suchte nicht lange zu finden. Das treue Tier war seinem Herrn so treu und stand ganz in der Nähe. Es blieb eben genau aus. Der Kamerad konnte es seinen Reiter noch tragen. Der Sergeant führte den auf das verfluchte Feuer und band es da fest. Kaum grüßte der Kamerad, als er mit dem Pferde leise hinterzuleiden wollte. Doch das Tier sah nach dem schlafenden Chevauleger und wachte auf. Verärgert rief Marquard den Kamerad an. Doch der Kamerad war erwacht und eilte ihm nach. Als er den Sergeant erkannte, hatte er seinen Handkumpi zwischen den Zähnen und ihn verweigelt: „Kamerad, mein Pferd, mein Pferd!“ Marquard hob ruhig die Hügel los, zog seine Pistole und schob den Mann nieder. Er führte das Pferd nach der anderen Feuerstätte, wo er gesehen die Waise verborgen hatte und belud das Tier mit ihnen. Er drang darauf auf dem Waldweg immer weiter und gelangte nach an die Waise einer polnischen Familie, die ihn

gegen gutes Geld gern auf Seitenwegen an die Grenze brachte. Erleichtert atmete Marquard auf, als er sie überschritt. Seine Gedanke war es, nun nach Frankreich zurückzukehren und dort seine Schätze zu verwerten. Er schätzte seine Reute auf gut sechzigtausend Frank. In Braunsberg jedoch erkannte ihn der Regimentskamerad, bei dem er nach dem Ausmarsch aus Wilna zurückgeblieben war und den er herabst hatte. Der Mann war von anderen Nachzügeln aufgefunden und gerettet worden. Marquard floh. Er wandte sich, nachdem er den Soldatenrock abgeworfen hatte, zuerst nach Königsberg, später nach Memel, wo er sich alsbald niederließ.

Nach einem Jahr begann er, sich Grundbesitz zu kaufen. Die Zeit war dazu sehr günstig. Sein Gut, das er sich auf dem Rückzug der französischen Armee erworben hatte, gedieh trefflich. Als er seine Existenz gesichert sah, heiratete er eine Bauerntochter. Im Jahre 1827 starb er.

Auf einer Hundertjahrfeier, die in einem ostpreussischen Landstädtchen gefeiert wurde, hielt vor den versammelten Gutsbesitzern und Honoratioren der Stadt und ihrer Umgebung ein Herr die Festrede:

„Und so feiern wir dankbar gegen Gott und unsern allerhöchsten Landesherrn die Erinnerung an die gewaltige Zeit, da es unsern Voreltern gelang, mit Gottes Hilfe den Erbfeind niederzuwerfen und unser geliebtes Vaterland frei und groß und glücklich zu machen.“

Aber der Erbfeind hat, als seine Bataillone am Boden lagen und Deutschlands Fluren nicht mehr zertreten konnten, den Kampf nicht aufgegeben. Er hat seine göttlichen, aufrührerischen und vaterlandslosen Ideen nach unserm geliebten Vaterland gebracht und leider die Köpfe eines großen Teils unseres Volkes durch sie verwirrt.

Thron und Altar und das dritte Fundament unseres Staatswesens — das Eigentum, das unsere Väter mühsam erworben und uns als heiliges Erbe übermacht haben — greifen autoritätslos Menschen an. Gebe Gott, daß wir auch diesen Erbfeind niederwerfen, wie wir den alten niedergeworfen haben.“

Die Rede fand starken Beifall. Der Redner hieß Gotthold Heinrich Markert, Herr auf Bieskow und Hagenstein, und war der Urenkel des Henry Marquard, weiland Sergeant im Regiment reitender Grenadiere, dessen Geschichte vorstehend erzählt worden ist.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Zur roten Woche!

Genossen und Genossinnen!

Alle organisatorischen Vorbereitungen für den Frauentag und die „rote Woche“ sind getroffen.

In der Parteipresse sind die wichtigen Aufgaben, die in der Woche vom 8. bis zum 15. März erfüllt werden sollen, mit Nachdruck erörtert worden:

„Her mit dem Wahlrecht für die Frauen!“

„Mehr Leser für die Parteipresse!“

„Mehr Mitglieder für die Organisationen!“

Ein letzter Hinweis auf den Ernst der Zeit muß genügen, alle Parteigenossen zu eifrigster Mitarbeit anzuspornen. Keiner darf dieser wichtigen Parteilarbeit fernbleiben!

Besondere Aufmerksamkeit ist der Hausagitation zu schenken, die während der ganzen Woche betrieben werden muß.

Genossinnen und Genossen, seid eurer Pflicht bewußt!

Berlin, den 6. März 1914.

Mit Parteigrüß

Der Parteivorstand.

Ein neuer Kronprinzenbeleidigungsprozeß.

Der verantwortliche Redakteur des Vorwärts, Dr. Ernst Meyer, wurde von der vierten Strafkammer des Landgerichts in Berlin zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den deutschen Kronprinzen beleidigt haben soll. Unter Anklage stand ein Artikel des Vorwärts, erschienen in der Nummer vom 26. Januar dieses Jahres mit der Überschrift: „Am Jahrmakel des Lebens; der Abschied vom Regiment“. In diesem Artikel wurde der Regimentsbefehl des Kronprinzen bei seiner Verabschiedung vom Husarenregiment in Langfuhr in humoristischer und satirischer Weise behandelt. Nach Verlesung der Anklageschrift beantragte der Staatsanwalt Ausschluß der Öffentlichkeit, welchem Antrag der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, widersprach. Das Gericht schloß die Öffentlichkeit aus, gestattete aber dem Landtagsabgeordneten Ströbel, als Redakteur des Vorwärts, im Saal anwesend zu bleiben. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß der Angeklagte nicht der Verfasser des Artikels im „Vorwärts“ sei, ihn vorher auch wohl

kaum gesehen hat. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die Ausführungen über den Kronprinzen ehrverlehdend und in böswilliger Absicht erfolgt seien, weshalb von der Verhängung einer Festungsstrafe Abstand genommen wurde.

Aus dem Reichstage.

Die Debatte über die den Postbeamten im polnischen Sprachgebiet zu machenden Zulagen ist bereits eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung geworden. Die Sozialisten aller Richtungen in der Regierung und in den Parteien können sich offenbar nicht damit abfinden, daß sie mit ihrem Antrag auf Wiederherstellung der Kredite in den letzten Jahren hereingefallen sind. Daher der merkwürdige Ehrgeiz, diesen Reinsfall wiederholt zu erleben! Und so kamen auch in diesem Jahre die Anträge auf Wiederherstellung der Zulagen. Diese Anträge, sowie eine konservative Resolution auf Ausdehnung der Zulagen auf andere gemischtsprachige Bezirke wurden in der Sitzung am 5. März in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Herr Kraetke, der nationalliberale Herr Schlee, Herr Graf Westarp und Herr Mertin von der Reichspartei strengten sich nacheinander zugunsten der Regierungsforderungen an, wobei sie alle in der Hauptsache das Argument verarbeiteten: es handle sich nur um eine wirtschaftliche Maßnahme, die gar keinen politischen Charakter habe. Graf Westarp fiel allerdings aus dem Konzept, als er unworthigerweise der Sozialdemokratie in diesem Fall mangelndes Verständnis in „nationalen“ Fragen vorwarf. Der Pöte Brandys und Genosse Ledebour hielten dieses unfehlige Bekändnis als bald fest.

In diesem Jahre stimmten auch die Fortschrittler für die Zulagen. Herr Kopsch erklärte ihre Haltung dadurch bestimmt, daß die Zulagen unwiderruflich geworden seien. Herr Dr. Spahn, der vom Zentrum sprach, zeigte Herrn Kopsch, wie wertlos dieses Motiv sei.

Die Stellung der Sozialdemokratie konnte keinen Augenblick zweifelhaft sein. In knappen Worten wurde sie von Koske ausgedrückt. Unser Redner zeigte mit aller Deutlichkeit, daß es sich um eine Maßnahme der verhängnisvollen Zwangsgermanisation handelt, und daß alle Reden von dem Recht der Beamten hier Vorwand seien. Die Beratung der Besoldungsordnung werde übrigens den bürgerlichen Parteien Gelegenheit zur Belästigung ihrer Beamtenfreundlichkeit geben. In die Debatte griff noch Ledebour ein, der eine sehr glückliche und wirkungsvolle Polemik gegen die Sozialisten führte.

Die Abstimmung brachte Herrn Kraetke die schon erwähnte neue Niederlage. — In der weiteren Spezialdiskussion nahmen mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion das Wort. Dr. Quard sprach von den Gebühren im Fernsprechverkehr, Dr. Gradnauer kritisierte die unerhörten Verhältnisse im Dresdener Fernsprechwesen, Taubadel erörterte die Lage der Telegraphenarbeiter.

Am 6. März wurde Herr Kraetke endlich aus seiner Not befreit. Die Spezialdiskussion des Postetats nahm nur kurze Zeit

in Anspruch, so daß das Postgesetz in zweiter Lesung und der Etat der Reichsdruckerei erledigt werden konnten.

Die Beratung des Postgesetzes bot das interessante Schauspiel, daß allein die sozialdemokratische Fraktion an den Kommissionsbeschlüssen gerade im wichtigsten Punkt festhielt, während alle anderen Parteien dem Reichspostamt blindlings folgten, ihre eigenen Beschlüsse im Stich ließen und einen gemeinsamen Antrag einbrachten, wie er Herrn Kraetke genehm war. Genosse Bogt her wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, und zeigte in aller Klarheit, daß es sich hier um die entscheidende Frage handelt, den Postschafferverkehr möglichst großen Kreisen des Volkes zu eröffnen, während er heute eine viel zu geringe Ausdehnung hat. Bei der Abstimmung siegte natürlich der Umsall, genannt Kompromiß.

Der Etat der Reichsdruckerei sieht Ausgaben für bauliche Erweiterungen vor, die dem zentralen Mittelständler Jert und dem großindustriellen Nationalliberalen Dr. Böttger die Furcht einjagen, der Privatindustrie könnte Konkurrenz gemacht werden. Richard Fischer bewies an der Hand der jetzt in der Reichsdruckerei herrschenden sanitären Zustände die Notwendigkeit der geforderten Neubauten und trat mit großer Energie für die Besserung der Lage der Arbeiter ein, die in der Druckerei beschäftigt sind, namentlich für die Anerkennung der Tarifverträge.

Bei den kleinen Anfragen, die die Sitzung eingeleitet hatten, bestritt Herr Jonquieres die Schädlichkeit des Salvarsans.

Bezeichnend für die soziale Rückständigkeit der Reichsregierung war die Beantwortung einer anderen Anfrage. Die Genossen Duard und Schumann hatten sich nach der reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner erkundigt. Die Regierungsantwort bestätigte, daß man den Arbeiterschutz für die 40 000 deutschen Trambahnen nach wie vor dem einzelstaatlichen Regierungen überläßt, die im wesentlichen — nichts tun. Den Bescheid darauf, ob dieser Zustand endlich zugunsten eines wirksamen Schutzes durch Reichsgesetz beseitigt werden soll, und darauf zielt in der Hauptsache die Anfrage, blieb die Regierung aber passiv schuldig.

Preussischer Landtag.

Arbeiterschutz im preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Freitag die Generaldebatte zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung beendet. Der zum Etat gestellte nationalliberale Antrag, der die Regierung auffordert, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die künftigen Handelsverträge auf Grundlage der heutigen Wirtschaftspolitik abgeschlossen werden sollen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittler angenommen. Die Antragsteller hatten erklärt, daß der Regierung dadurch der Rücken gestärkt werden soll. Mit dieser Rückenstärkung wird es nun allerdings nichts sein, denn wie sich bei der Abstimmung über einen anderen Antrag über die Monopolstellung der großen Elektrizitätsgesellschaften erwies, war das Haus beschlußunfähig; also ein nicht beschlußfähiges Haus hat sich für die Beibehaltung der bisherigen Wirtschaftspolitik ausgesprochen.

Kleines Feuilleton.

Die belgische Bibel.

Wie Klaas starb.

Am Tage vor Klaasens Hinrichtung erfuhren Nele, Wilenspiegel und Soetkin den Spruch.

Sie verlangten von den Richtern die Erlaubnis, ins Gefängnis kommen zu dürfen; sie wurde ihnen bewilligt, nur Nele nicht.

Als sie eintraten, sahen sie Klaas mit einer langen Kette an die Mauer gefesselt. Ein kleines Feuer brannte im Kamin, weil es feucht war. Es ist nämlich in Flandern nach Recht und Gesetz verordnet, milde zu sein mit denen, die sterben sollen, und ihnen Brot und Fleisch oder Käse und Wein zu geben. Aber die habgierigen Wüsten handeln nicht selten dem Gesetze zuwider und es geschieht gar oft, daß sie den größten Teil und die besten Stücke von der Nahrung der armen Gefangenen wegessen. Weinend umarmte Klaas Wilenspiegel und Soetkin; aber er war der erste, der die Augen trocken hatte, weil er dies als Mann und Familienoberhaupt wollte.

Soetkin weinte und Wilenspiegel sagte: „Ich will dies schlechte Eisen zerbrechen.“

Soetkin weinte und sagte: „Ich geh zu König Philipp, er wird Gnade walten lassen.“

Klaas antwortete: „Der König erbt das Gut der Märtyrer!“ Dann fuhr er fort: „Weib und liebster Sohn, traurig und schmerzvoll soll ich diese Welt verlassen. Wenn ich auch Furcht habe vor der Pein, die mein Leib wie d erleiden müssen, so bin ich doch noch mehr bekümmert, wenn ich daran denke, daß ihr beide bis ich nicht mehr dahin, arm und elend sein werdet, weil euch der König euer Gut nehmen wird.“

Wilenspiegel antwortete mit leiser Stimme: „Nele und ich haben gestern alles gerettet.“

„Ich bin froh“, antwortete Klaas, „der Angeber wird nicht über seinen Raub lachen.“

„Verrecken soll er“, sagte Soetkin, den tränenlosen Blick mit Haß erfüllt.

Aber Klaas dachte an die Korngulden und sagte: „Du warst still, Thijssen, mein Liebster; sie wird also keinen Hunger leiden in ihren alten Tagen, meine Witwe Soetkin.“

Und Klaas umarmte sie und drückte sie fest an seine Brust und sie weinte wieder bei dem Gedanken, wie bald sie diese süße Zukunft verlieren werde.

Klaas sah Wilenspiegel an und sagte: „Sohn, du hast dich oft veründigt und bist über die Landstrafen gestrichen, wie es die Art der schlimmen Gesellen ist. Das darfst du nicht mehr tun, mein Kind, und nicht die kummervolle Witwe daheim allein lassen; du schuldest ihr Schutz und Zuflucht, du als Mann.“

„Vater, ich werde es tun“, sagte Wilenspiegel.

„O, mein armer Mann!“ sagte Soetkin, ihn umschlingend: „Was für ein großes Verbrechen haben wir denn begangen? Wir lebten friedfertig zu zweit unser ehrliches und kleines Leben und liebten uns innig; Herr Gott, du weißt es. Zeitlich standen wir auf zur Arbeit und am Abend aßen wir mit Dank an dich das Brot des Tages. Ich will zum Könige, um ihm die Augen auszukrahen! Herr Gott, wir waren wirklich nicht schuldig!“

Aber der Bittler trat ein und sagte, nun heiße es gehn.

Soetkin hat, noch ein bißchen bleiben zu dürfen. Klaas fühlte ihr armes Gesicht an dem seinen brennen, und die Tränen Soetkins, die in Strömen flossen, neigten seine Wangen; und ihr ganzer armer Körper erschauerte und bebte in seinen Armen. Er hat, daß sie bei ihm bleiben dürfe.

Wieder sagte der Bittler, daß die Stunde um sei, und nahm Soetkin aus den Armen Klaasens.

Klaas sagte zu Wilenspiegel: „Wache über sie.“

Wilenspiegel antwortete, er werde es tun. Und Wilenspiegel und Soetkin gingen selbender weg, der Sohn die Mutter stützend.

Am nächsten Tage, es war der der Hinrichtung, kamen die Nachbarn und schlossen als Barmherzigkeit Wilenspiegel, Soetkin und Nele in Katelijnsens Hause ein.

Aber sie hatten nicht daran gedacht, daß die drei die Schreie des Dulders aus der Ferne hören und durch die Fenster die Flammen des Scheiterhaufens sehen konnten.

Katelijne streifte durch die Stadt, den Kopf schüttelnd und immer schreiend: „Macht ein Loch, die Seele will fort.“

Um neun Uhr wurde Klaas in seinem Hemde, die Hände auf dem Rücken gebunden, aus dem Gefängnis geführt. Nach dem Richterspruch war der Scheiterhaufen in der Straßstraße errichtet, rings um einen Pfahl, der vor den Wehren des Stadthauses aufgestellt war. Der Henker und seine Helfer waren mit dem Aufschichten des Holzes noch nicht fertig.

Klaas, mitten unter seinen Häschern, wartete geduldig, bis dies Geschäft verrichtet war, während der Prosch zu Pferde, die Stoffiere der Vogtei und die neun aus Brügge geholten Landsknechte nur mit großer Mühe vermochten, das murrende Volk an Ausschreitungen zu verhindern.

Alle sagten, es sei eine Grausamkeit, einen armen Mann, der so gut, so barmherzig und in seiner Arbeit so wacker gewesen sei, in seinen alten Tagen ungerechterweise hinzumorden.

Plötzlich warfen sie sich auf die Knie, um zu beten. Die Glocken von Unserer Frau läuteten für die Toten.

Auch Katelijne war unter der Volksmenge, in der ersten Reihe, ganz verrückt. Klaas und den Scheiterhaufen betrachtend, schüttelte sie das Haupt: „Das Feuer! Das Feuer! Macht ein Loch; die Seele will fort!“

Als Soetkin und Nele den Klang der Glocken hörten, bekreuzigten sie sich beide. Aber Wilenspiegel tat es nicht und sagte, er wolle Gott keineswegs nach der Weise der Henker verehren. Und er durchrannte die Hütte und versuchte, die Türen einzubrechen und durch die Fenster zu springen; aber alles war wohl verwahrt.

Plötzlich barg Soetkin das Gesicht in der Schürze und schrie: „Der Rauch!“

Die drei Entsetzten sahen tatsächlich einen großen schwarzen Rauchwirbel aufsteigen. Es war der Rauch des Scheiterhaufens, auf dem Klaas an einen Pfahl gebunden war; eben entzündete ihn der Henker an drei Stellen im Namen der drei göttlichen Personen, Gott Vater, Gott Sohn und Gott Heiliger Geist.

Klaas blickte um sich, und als er sah, daß Soetkin und Wilenspiegel nicht unter der Volksmenge waren, war er froh; denn er dachte, sie würden ihn nicht leiden sehen.

Man hörte sonst nichts, als die Stimme des betenden Klaas, das Brauseln des Holzes, das Murren der Männer, das Weinen der Frauen, Katelijnsens Ruf: „Nehmt das Feuer weg! Macht ein Loch; die Seele will fort!“ und die Glocken von Unserer Frau, die für die Toten läuteten.

Plötzlich wurde Soetkin so weiß wie der Schnee, erschauerte am ganzen Körper und zeigte, ohne zu weinen, auf den Himmel. Eine lange schmale Flamme schoß vom Scheiterhaufen auf und erhob sich in demselben Augenblick über die Dächer der niedrigen Häuser. Sie bereitete Klaas furchtbare Schmerzen; denn die Laune des Windes wollte es, daß sie seine Beine benagte, seinen Bart bekrönte und rauden ließ und die Haare lockte und entzündete.

Wilenspiegel hielt Soetkin in den Armen und wollte sie vom Fenster wegziehen. Sie hörten einen schrillen Schrei; den hatte Klaas ausgestoßen, dem der Körper nur an einer Seite brannte. Aber schon schwieg er und weinte. Und seine Brust war ganz naß von seinen Tränen.

Dann hörten Soetkin und Wilenspiegel einen großen Lärm von Stimmen. Es waren die Bürger, die Frauen, die Kinder, die schrien: „Klaas ist nicht verurteilt am langsamen Feuer zu brennen, sondern bei lodender Flamme! Bittler, entfache den Scheiterhaufen!“

Der Bittler tat es, aber das Holz brannte nicht rasch genug an.

„Erwürg ihn“, schrien sie.

Und sie warfen Steine auf den Proschossen.

„Die Flamme! die große Flamme!“ schrie Soetkin.

Und wirklich, mitten im Rauche loderte eine rote Flamme zum Himmel empor.

„Er stirbt“, sagte die Witwe. „Herr Gott, nimm seine unschuldige Seele in Gnade auf! Wo ist der König, daß ich ihm mit meinen Nägeln das Herz aus der Brust reiße?“

Die Glocken von Unserer Frau läuteten für die Toten.

Wieder hörte Soetkin Klaas einen gellenden Schrei ausstoßen, aber sie sah nicht, wie sein Körper sich krümmte und runzelte ob der Hitze des Feuers, sie sah nicht, wie sich sein Gesicht verzerrte, sie sah nicht, wie sich sein Kopf nach allen Seiten drehte und gegen das Holz des Pfahles schlug. Das Volk schrie und zischte noch immer und die Frauen und Knaben warfen Steine, als sich plötzlich der Scheiterhaufen ganz und gar entflamte, und mitten in der Flamme hörten sie Klaas, der sagte: „Soetkin! Thij!“

Und sein Kopf fiel auf seine Brust wie ein Kopf von Biei.

Dann war nichts mehr zu hören, als die arme Berrückte, die den Kopf schüttelte und sagte: „Die Seele will fort.“

Klaas war verschoben. Der verbrannte Scheiterhaufen fiel am Fuße des Pfahles zusammen. Und der arme Leib blieb ganz schwarz am Holz hängen.

Und die Glocken von Unserer Frau läuteten für die Toten.

Fortsetzung folgt.

Nah und Fern.

Gefährlicher Mutttermörder. Der Hausdiener Gödicke in Berlin hat eingestanden, seine Mutter erschossen zu haben. Er habe ständig Streit mit seiner Mutter gehabt, aus deren Wohnung er seit drei Monaten nicht mehr herauskommen sei. Er habe auch heabsichtigt, den Arzt Dr. Graßmann, der ihn vor sieben Jahren operiert hat, sowie seine beiden Schwestern, die verheiratet sind, unzubringen.

Lawinen-Ünglück. Bei Gomogoi in Tirol wurden zwei Offiziere und zwei Fähnriche, sowie elf Mann des dritten Landesjägerregiments durch eine Lawine verschüttet. Von den Militärstaats-Kommandos in Meran, Schlanders und Bozen gingen Rettungsexpeditionen ab. In einem Telegramm wird dazu gemeldet: Die Truppe, die am Mittwochabend im Ortlergebiet von einem Lawinen-Ünglück betroffen wurde, war eine zwanzig Mann starke St-Abteilung, die sich auf dem Wege nach der Bayer-Hütte befand. Ein Offizier und vier Mann konnten sich retten, während die übrigen fünfzehn Mann, darunter zwei Offiziere und zwei Fähnriche verschüttet worden sind.

In der vorausgegangenen Debatte hatte Genosse Leineri in sehr wirkungsvoller Weise den herrschenden Klassen und der Regierung ein Spiegelbild vor Augen gehalten, indem er den Klassen, die Spitzelgehilfen über sozialdemokratischen Terrorismus zierten, nachsahen, wie sehr sie selbst Terrorismus treiben. Auch die Angriffe auf die Volksfürsorge wies Veitert energisch zurück. Von der Regierung wurde eine Lønse für den Terrorismus der Zwangsinnungen gebrochen. — Der konservative Abgeordnete Conradt forderte trotz Leineris Rede einen stärkeren Schutz der Arbeitwilligen, indem er auf neue das Lied vom sozialdemokratischen Terrorismus anstimmte. — Abgeordneter Dr. Veinier, Vertreter der nationalliberalen Hochindustrie, wandte sich scharf gegen den Hiltensarbeiterwut, der den Hiltensarbeitern durch die Bundesratsverordnung getwöhnt wird. Ihm wollte Genosse Hué erwidern, doch machte ihm die „anständige“ Mehrheit durch einen Schlussantrag sein Vorhaben unmöglich.

Aus Westpreußen.

Bericht vom Frauentag in Westpreußen.

In Westpreußen haben am Frauentag 13 Frauenversammlungen stattgefunden in folgenden Orten: Danzig, Elbing, Flatow, Graudenz, Hammerstein, Marienburg, Marienwerder, Preussisch-Friedland, Salskowitz, Schwetz, Tarnowitz, Jastrow und Thorn. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht. Der Andrang war besonders stark in Danzig und Elbing. Aufnahmen wurden für die Partei gemacht 165, Abonnenten für die Volkswacht wurden genommen 26. Referenten waren die Genossen Gehl, Grünhagen, Stökel, Käthe Veu und Frau Walitowski.

Folgende Resolution wurde angenommen:
Die gewaltige Entwicklung des Kapitalismus enthält in immer stärkerer Weise seinen heutzutageigen Charakter und treibt die Arbeiterklasse in immer schwerer und schärfer werdende Kämpfe. Angesichts dieser Tatsache empfinden die Frauen der Arbeiter um so tiefer das bittere Unrecht und die brennende Schmach, als politische Waisenlose inmitten dieser Kämpfe zu stehen. Besonders auf ihre Leistungen im kapitalistischen Arbeitsprozess, auf ihre opfervolle Pflichterfüllung der Mutterschaft und ihr häusliches Wollen, fordern sie ihr volles Bürgerrecht: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime aktive und passive Wahlrecht für alle Staatsbürger vom vollendeten 20. Lebensjahre an für sämtliche gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften.

Die Frauen sind sich bewusst, daß das Wahlrecht eine unentbehrliche Waffe für sie ist, eine Waffe im Kampf um Reformen und in dem Ringen um politische Macht, zum Zwecke der Beseitigung der Klassengegenstände und der Sozialisierung der Gesellschaft. Durch den Sozialismus ist allein die Befreiung der Frauen möglich.

Die Sozialdemokratie ist die einzige politische Partei, die grundsätzlich und energisch die Gleichberechtigung der Frauen fordert und für sie kämpft.

Die Frauen versprechen deshalb, den Kampf um ihr Recht mit verstärkter Kraft und glühender Hingabe in den Reihen der Sozialdemokratie weiter zu führen.

Sie versprechen ferner, unermüdet und jede Gelegenheit nutzend, für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen und für die Stärkung der sozialdemokratischen Organisationen wirken zu wollen.

Danzig.

Was sich Arbeiter von einer bürgerlichen Zeitung sagen lassen müssen!

Der Rheinheftische Beobachter, ein Parteiblatt der Reichsdemokratischen Volkspartei, das in Ober-Jügelheim erscheint, stellt Betrachtungen an über die Reichstagswahl in Jerschow, wo der Kandidat liegt, weil offenbar viele Freisinnige ihre Stimme für ihn abgaben. Das Blatt legt diesen Schriftmachern der Reaktion gehörig den Text. Dann aber weist der Artikelschreiber auch auf die politische Gedankenlosigkeit in Arbeiterkreisen hin. Die sich zur Sozialdemokratie zählen. Es heißt da:

Über die politische Gedankenlosigkeit ist leider auch bei der Sozialdemokratie vorhanden. In wahlrechtlicher Beziehung sowohl wie, was auf es uns jetzt ankommt, in alltäglicher praktischer Beziehung. Dementsprechend dadurch, daß sowohl organisierte Sozialdemokraten wie Wahlsozialisten Zeitungen scharfmacherischer Richtung abonnieren und damit ihre ärgsten Feinde unterstützen. Wenn alle Sozialdemokraten ein Blatt, ihre Parteipresse, lesen würden, dann müßten diese Piefenauflagen haben. Es trifft dies nicht zu, geht uns auch nichts an. Aber eine politische Schande ist es, daß diese Leute sich unter den bürgerlichen Blättern teilweise die Scharfmacherblätter herauswählen.

Jeder Arbeiter sollte sich heruht sein, daß, was z. B. die bürgerlichen Organe heruht, er die bürgerlichen Blätter der Arbeiter, die nationalliberalen oder als die Zentralschreiber, zu lesen geübt haben müssen. Diese Blätter, voran die Scharfmacher, bekämpfen die Arbeiterschaft unter dem Deckmantel eines Kampfes gegen die politische Sozialdemokratie. Aber sie bekämpfen sie auch in dem wirtschaftlichen Bereich. Bei Arbeiterbewegungen (Streiks) haben nach der Werbung dieser Presse die Arbeiter immer Unrecht. Sie sind für den Schand der Streikbrecher, für den Verbot des Streikverwehrens, sie sind Gegner der von den Arbeitern gegründeten Volksversicherung, kurzum, sie treten dem Arbeiter überall entgegen.

Und trotzdem gibt es Arbeiter, die sozialdemokratisch wählen, aber diese Presse lesen. Das ist schlimmer, trauriger, gedankenloser als eine verkehrte Stimmwahl. Das ist eine fortgesetzte Handlung gegen seine persönlichen materiellen Interessen. Sie ist es nicht, das Wort von den allgegenwärtigen Rältern, die ihre Blätter selber wählen.

Ja, es ist wirklich Jam, daß die Arbeiter endlich einsehen, daß in dieser Hinsicht einmal gründlich aufgeräumt wird. Kein einziger Arbeiter kann heute auch nur eine Scheinbar berechnete Entschuldigung für das Abonnieren einer bürgerlichen Zeitung mehr vorbringen.

Im Abonnementspreis sowohl wie im Inhalt hat die sozialdemokratische Presse jeden Vergleich mit den arbeitervindlichen Parteipressen verloren. Nur an dem energischer Willen der Arbeiter liegt es, die sozialdemokratische Presse in kürzester Zeit zu einem der ersten politischen Machtfaktoren zu machen! Die rote Woche soll besonders dieser vornehmten Aufgabe dienen. In jeder keine Schuldigen!

Der proletarische Frauentag.

Die, besonders solcher Verhältnisse halber, hier bereits am 6. März abgehalten werden. Die öffentliche Versammlung die am Abend im Bürgergarten in Schiditz abgehalten wurde, war infolge der eifrigen Werberarbeiten unklar Genossinnen vollständig überfüllt. Sie war ein würdiger Auftakt der roten Woche. In Schiditz waren die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes gekommen, um ihr Recht vom Staat und von der Gesellschaft zu fordern. Und sie wurden auch schon ihrer Bedeutung gemäß als Machtfaktoren. Die Versammlung der Damen in der umliegenden im Schiditz in Wahlrecht geplaudert wurde, existierte für unsere Polizei nicht. Im Bürgergarten war jedoch ein Polizeikommissar und ein Schutzmännchen erschienen, um den arbeitenden

den Frauen die Ungleichheit des heiligen Rechtes handgreiflich zu beweisen.

Das Referat: Her mit dem Frauenwahlrecht hielt die Genossin Veu in großangelegter und oft leidenschaftlich warmer Rede. Vorzüglich begründete sie die Forderung des gleichen und völlig demokratischen Wahlrechtes für Frauen und Männer. Im Interesse der Frauen forderte sie es und darüber hinaus im Namen der Kulturentwicklung der gesamten Menschheit. Scharf zog sie die Grenze gegen die bürgerliche Frauenrechtlerin, die praktisch nur den Damen nütze und die Proletarierin in gottgewollter Knechtschaft halten wolle. Zur Befreiung ihres Geschlechtes aus Unwissenheit und Unterdrückung brauchten die Frauen das Recht der freien Wahl. Deshalb aber auch, um den befreienden Klassenkampf gegen die bürgerliche Gesellschaft der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu führen.

Braufender Beifall dankte der Rednerin mit Recht für die vorzüglich gelöste Aufgabe.

Eine Debatte folgte nicht, nur der Hinweis auf die Notwendigkeit der Mitarbeit aller Frauen während der roten Woche. Eine größere Anzahl Ausnahmen in den sozialdemokratischen Verein und Abkommens der Volkswacht waren die unmittelbare Folge der Rede.

Die Genossinnen blieben darauf mit ihren Gästen noch einige Zeit getellig vereint.

Experimental-Vortrag im Schützenhause.

Wir betrachten die Tätigkeit unseres Bildungsausschusses genau so als Pflichterfüllung im Dienste der Arbeiterschaft, wie die Arbeit anderer Genossen. Trotzdem wäre es sehr ungerecht, wenn wir nicht anerkennen wollten, daß er mit dem am Sonntag in Friedrich-Wilhelm-Schützenhause arrangierten Experimentalvortrag des Herrn Physikers H. Stadthagen aus Berlin-Charlottenburg eine wertvolle Veranstaltung besonderer Art ermöglicht hatte. Die etwa 700 Besucher haben die Teilnahme gewiß nicht zu bereuen. Sie schieden, trotz der Selbstanklagen, die die Fürsorge einer hohen Polizei auch an dieser „vornehmen“ Stätte und trotz des streng wissenschaftlichen Charakters der Darbietungen nicht unterlassen konnte, durchweg mit hoher Befriedigung.

Zur Einleitung eröffnete Genosse Gehl das Programm durch die Mitteilung, daß für die Sicherheit des Publikums weitgehend gesorgt sei; die Polizei habe die Apparate genau untersucht und ihre Ungefährlichkeit garantiert. Wir möchten hierzu ergänzend mitteilen, daß, trotz der früheren Tagung der Generalsversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Einzug der Arbeiter in das Schützenhaus in gewissen Kreisen starke Beklemmungen verursacht hat. Nicht zu wenig interessierte man sich dafür im Polizeipräsidium, dessen Kosten natürlich auch die sozialdemokratischen Steuerzahler bestreiten müssen. Nach sehr sicheren Gerüchten soll in recht energischem Vorfstellungen zunächst die Gefährlichkeit der im Programm vorgesehenen Sonnenglut und schließlich sogar der — Protektor des Hauses S. W. Wilhelm II., eine Rolle gespielt haben!

In Herrn Stadthagen lernten wir einen Fachmann kennen, der das Gebiet ausgezeichnet beherrscht und dazu über eine ungemein populäre Darstellung verfügt. So schwierig die Gebiete physikalischen und chemischen Wissens waren, in die er einführt, so leicht vermittelte er in knapper und durchsichtiger Klarheit das Verständnis für sie. Seine Experimente zu dem Thema: Die Wunder der flüssigen Luft und des flüssigen Jeners übertrafen an exakter Ausführung und Fülle der Darbietungen bei weitem alles, was hier von bürgerlicher Seite für viel höhere Eintrittspreise gezeigt wurde. Von technisch höhergebildeten Fachleuten hörten wir mit Stolz bewundernde Urteile über die Sicherheit der Arbeit und die Güte der Leistungen des Experimentators.

Es waren für Auge und Empfindung wirkliche Wunder, die Herr Stadthagen mit Hilfe der 191 Grad kalten flüssigen Luft und des etwa 5000 Grad heißen flüssigen Jeners des aluminothermischen Verfahrens vorführte. Der glühende Eisblock imponierte ebenso sehr, wie das durch eine 40 Zentimeter hohe Wasserläule fallende flüssige Feuer, das dann noch eine Stahlplatte im Moment durchschmolz. Besonders Entzücken verursachte die Erzeugung künstlicher Edelsteine aus geschmolzener Tonerde. Auch einige Proben des wunderschönen roten Edelsteins verzeichnete der Vortragende. Der vielen Wünsche halber konnte er aber als galanter Herr nur die Damen berücksichtigen, die an diesem Tage Geburtstag hatten.

Zum Schluß konnte Genosse Gehl dem Vortragenden den wohlverdienten Dank der Besucher, den diese durch lebhaften Beifall unterstützten, aussprechen. Dann mußte Gehl den vielen angenehmen Überraschungen des Abends sehr wider Willen eine sehr unangenehme hinzufügen. Er teilte mit, daß das im Anschluß an den Vortrag im gleichen Saale beabsichtigt gewesene gefellige Beisammensein von der Polizei als selbstständige Veranstaltung angesehen worden sei. Trotz der zunächst gewünschten Anmeldung durch den Wirt des Hauses habe das Polizeipräsidium diese harmlose Gemütlichkeit mit der Begründung verboten, daß dafür kein Bedürfnis vorliege!

Es ist bezeichnend, daß diese Mitteilung mit lebhaftem Entzücken und geradezu stürmischen Beifall beantwortet wurde, als Gehl daran die treffende Bemerkung knüpfte, daß nun jeder wisse, was er zu tun habe! Der ganzen Veranstaltung wohnte auch ein Polizeikommissar und ein Schutzmännchen bei.

Das Begräbnis des Genossen Rilk

Wurde, wieder zu einem für den christlichen Kulturstaat ehrenvollen Ereignis. Um unerfreuliche polizeiliche Austritte zu vermeiden, war von der Vorbereitung beim Polizeipräsidium die Genehmigung zur Mitführung einer Schleife beantragt. Sie wurde unbedingt bewilligt mit einer Begründung, die das arggestimmte bürgerliche Publikum sogar der Attatierung eines Leichenzuges beschuldigte. Wir betonen das wertvolle Kulturmoment an anderer Stelle. Trotz des Verbotes war wieder die Polizei, unter dem Befehl des Kommissars Günther, zahlreich aufmarschiert, um — Demonstrationen zu verhindern! In bestimmten Abständen liefen königlich preussische Schutzleute in der revolutionären Märzjonne ihre Brownings ungemein beruhigend blinken!

Was hätte wohl unter so früh verstorbenen Freund mit seinem letzten tatsächlichen Humor gesagt, wenn er diese Leichenbegleitung hätte voraussehen können? Auch die Verwaltung des evangelischen Diakonissen-Anstalts in Schiditz gab ein leuchtendes Vorbild christlicher Duldung. Auf Anfrage, ob die Ansprache eines Nichtgläubigen in der Leichenhalle der Anstalt gestattet würde, lehnte sie ab!

So wurde der Tote in der leuchtenden Märzjonne, begleitet von einer großen Zahl Kollegen und Genossen zum Friedhof der heiligen Leidnams-Gemeinde geleitet. Der Arbeitergesangsverein Sängergesellschaft widmete ihm die letzten Grüße, dann fielen die Schollen auf das Grab eines Genossen, den alle, die ihn näher kennen lernten, mit dankbarer Wertschätzung in treuer Erinnerung behalten werden.

Einen eiligen Strafantrag hat ein Hochwohlblütiger Magistrat gegen die schreckliche Redaktion der bösen Volkswacht gestellt. Wir sollen nämlich die Verichtigung des Versicherungsamtes mit den Unterschriften der freisinnigen Stadträte Dumont und Loop, durch die behauptet wurde, daß Dumont die Veranschlagung des Krankenversicherungsrechtes der Dienstboten nicht auf eigene Faust betrieben habe, abgedruckt haben. Aber wir sollen sie nicht rechtzeitig und nicht an der richtigen Stelle abgedruckt haben. Deshalb sollen wir schleunigst — eilig! — an die Guillotine. So hat es Stadtrat Dumont, der Diktator der Ortskrankenkasse, bei der königlichen Staatsanwaltschaft gegen unseren Verantwortlichen, den Genossen Veu beantragt. Leider scheint es, als ob wir leichtfertiger Weise einen ganzen Berichtigungsregen gegen uns provozieren wollten. Das ist natürlich, schon aus Rücksicht auf unsere Leser, nicht unsere Absicht. Deshalb teilen wir ganz gewissenhaft und zerknirscht mit, daß der Strafantrag vom Magistrat gestellt und — natürlich nur zufällig — von dem persönlich beteiligten Stadtrat Dumont unterschrieben ist. Es liegt also keineswegs ein Antrag in eigener Sache, sondern eine objektive Amtspflicht vor.

Trotzdem muß man in die Geschichte preussisch-deutscher Selbstmord sehr tief eindringen, ehe man einen auch nur annähernd ähnlichen Vorgang findet, daß ein freisinniger Mann in einem solchen Falle sogar juristisches Kriegsrecht mit abgefügtem Verfahren fordert, dürfte selbst in Ostelbien noch nicht dagewesen sein. Warum soll aber der Freisinn in seinen vorgeschrittensten Vertretern nicht auf allen Gebieten moralische Groberungen machen?

Ein gelber christlich-freisinniger Dreibund. Zur Wahl der Vertreter der Versicherten für das Versicherungsamt in Danzig teilten wir schon mit, daß die Zentrumschwarzen mit den freisinnigen Hirsch-Dunkerschens ein Bündnis eingegangen sind. Das war schon bezeichnend genug für die Arbeiterinteressen, die die vereinigten Quertreiber zu vertreten vorgeben. Was sie wirklich wert sind, das haben sie dadurch gezeigt, daß sie den schönen Bund der Quertreiber und Arbeitervertreter sogar mit den Gelben abgeschlossen haben!

Auf derselben Liste stehen nun als würdigste Arbeiterkandidaten die hirsch-dunkerschens und zentrumschwarzen Gelbenfreier mit den Leuten zusammen, gegen die sie sonst nicht genug scharfe Ausdrücke, als gelbe Unternehmerklaven usw., finden können. Den Wählern wurde aber kein Wort darüber gesagt, daß sie unter der üblichen „nationalen“ Schwindelfirma dazu mißbraucht werden sollten, einem gelben Kundemuddel die Stiche des Versicherungsamtes auszuliefern. Noch toller ist, wie die eigenen Mitglieder der schwarzen Nachgeschworenen über diese gelbe Taktik ihrer angeblichen Führer getäuscht werden sollten. Raum war der würdige Bund geschlossen, als der schwarze Baskowski an den deutschen Metallarbeiterverband die Zumutung stellte, gemeinschaftliche Versammlungen gegen die — Gelben, seine eigenen Bundesbrüder, abzuhalten. Unter der Berufung auf die „ehrliehen“ Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften, glaubte man die Wähler um so sicherer für die gelbe Liste einzufangen zu können. Dieser schmälliche Betrugsversuch richtet die Schwarzgelben samt den gleichwertigen Hirschen für immer.

Auf der Schidau-Werft ein Auge verloren. Am 7. März erlitt der Schmied K. auf der Schidau-Werft dadurch einen Unfall, daß ihm bei der Arbeit ein größerer Stahlplättler ins linke Auge traf. Nach Ansicht der Ärzte dürfte der Verlust der Sehkraft die Folge sein.

Einsturz der Brandmauer auf der Speicherinsel. Am Samstagabend warf der Sturm den Giebel des Großen Groddes in die Mollan. Dabei wurde das Bollwerk beträchtlich beschädigt. Die Giebelruinen in der Hopfengasse sind ebenfalls dem Einsturz nahe. Die Abbrucharbeiten müssen darum mit größter Vorsicht ausgeführt werden. Trotzdem seit dem Feuer zwei Wochen ins Land gegangen sind, schwelt die in den unteren Stockwerken lagernde Getreidemasse noch immer fort. Ein Feuerwehrrkommando muß ständig auf der Brandstelle anwesend sein.

Selbstmord eines Offiziers. Der zur Danziger Kriegsschule kommandierte Oberleutnant Nieze vom 21. Infanterieregiment (Chemnitz) hat sich am Donnerstag in einem Danziger Hotel erschossen.

Elbing-Marienburg.

Treibt keine Vereinsmeierei!

Wohl selten eine Stadt von der Größe Elbings hat eine solche große Zahl von Vergnügungsvereinen wie Elbing. Solange diese Vereine harmlos sind, mag das hingehen. Wir sind die letzten, die jemand in seinem Vergnügen stören wollen. Wenn aber diese Vereine die politische und gewerkschaftliche Regsamkeit der Arbeiter unterdrücken wollen, dann wirken sie gemeingefährlich. Jeder Arbeiter muß doch von dem Standpunkt ausgehen, daß es heute nicht mehr möglich ist, Reichtümer zu erwerben. Er ist verdammte sein Leben lang Lohnarbeiter zu bleiben. Da liegt es nun auf der Hand, daß die Arbeitskraft das einzige Kapital des Arbeiters, so vorteilhaft, als möglich verwandt werden muß. Dieses ist aber nur möglich, wenn sich jeder Arbeiter gewerkschaftlich und politisch organisiert. Eine sehr große Zahl der Elbinger Arbeiter will das immer noch nicht einsehen. Befehrt müßten diese Arbeiter doch eigentlich werden, wenn sie sehen, wie sehr den beiden größten Firmen am Orte, Biese und Komnik, die Organisationen ein Dorn im Auge sind. Wodurch werden die Organisationen den Firmen gefährlich? Indem sie in der Lage sind, für ihre Mitglieder eine bessere Bezahlung und kürzere Arbeitszeit herauszuschlagen. Da man durch Brutalität die Arbeiterorganisationen nicht mehr unterdrücken kann, versucht man es auf andere Weise, geht unter das Volk und gründet Militärvereine.

Früher bestand in Elbing nur der Kriegerverein. Das zog nicht mehr recht, und darum wurde der Stolz der einzelnen Truppenteile aufgestachelt. Garde-Infanterie, Marine- und andere Vereine entstanden. Diese Firmenschilder schienen bessere Geschäfte zu verschaffen. — Und richtig! Der Teil der Arbeiterschaft, der nicht gerne über seine Klassenlage nachdenkt, und der froh ist, wenn ihm der Groß einer „hohen“ Person zuteil wird, ist durch die Gründung dieser Vereine beglückt.

Diese Arbeiter zerbrechen sich nicht den Kopf darüber, daß die Militärvereine nur gegründet sind, um die Arbeiterschaft vom öffentlichen Leben abzuhalten. Ihre Leiter würden sich zehnmal bedanken, mit den Proleten an einem Tische zu sitzen, wenn das nicht im Interesse der Unternehmer läge. Bei Schidau wird zurzeit wieder für den Flottenverein geworben. Und die Meister, die von Deutschlands Außenhandel, von Kolonialpolitik und allem was mit der Flotte in Verbindung steht, soviel verstehen, wie der Esel vom Laientischlagen, agitieren, als wenn es um Kopf und Krone geht. Hier muß die Arbeiterschaft Rückgrat zeigen. Alle Zeichen in unserer politischen und gewerkschaftlichen Leben deuten auf Sturm. Unsere Zeit erfordert ganze Männer und nicht Schafe. Fort mit den Militärvereinen! Arbeiter macht von eurem gesetzlich garantierten Koalitionsrecht Gebrauch!

Sozialdemokratischer Wahlsieg. Am Donnerstag und Freitag voriger Woche fand in Elbing die Erbschaftswahl für den verstorbenen Stadtverordneten T. Risse statt. Nach einem erbitterten Wahlkampf wurde der Kandidat unserer Partei, Zimmerer Karl Motern, mit 16 Stimmen Mehrheit gewählt. Bei der Hauptwahl im November vorigen Jahres, bei der bekanntlich in Elbing zum ersten Male nach Bezirken gewählt wurde, war uns das hier in Frage kommende Mandat mit einer einzigen Stimme Mehrheit zugefallen.

Die Wahlbeteiligung war diesmal größer als bei der Hauptwahl. Damals erhielt unser Kandidat 293, jetzt 367 Stimmen. Die Gegner brachten es bei der Hauptwahl auf 290, jetzt 351 Stimmen.

Ein Feuer zerstörte in Neuheide einen Schuppen mit Holzvorräten und Särgen und ein Wohnhaus.

In Kallhof bei Marienburg wurde dem Schlosser Janzen aus Groß-Delewitz von der Kleinbahn das rechte Bein abgefahren.

Danzig-Land.

Eine Mobilmachung zur Ohraer Gemeindevahl.

Auch im bürgerlichen Lager machen sich erfreulicher Weise Kräfte geltend, die für die Sozialdemokratie und ihre eheliche Arbeit in der Gemeinde wirken. In besonders nützlicher Weise hat sich hierbei der berühmte schwarze Kommunalpolitiker Klawitter aus Danzig betätigt. Auf welchen durchaus materiellen Grundlagen die bürgerliche Gemeindegewalt wurzelt, ist längst kein Geheimnis. Der alte ehrliche Klawitter gehört aber selbst zu den Wissenden. Es war daher kein Wunder, daß er aus der Schatzkammer seiner praktischen Erfahrung einiges plauderte, was von klügeren Leuten seiner Richtung bisher noch nicht zugegeben wurde. Er sprach es ganz offen aus, daß die zentrumschristliche und überhaupt bürgerliche Förderung des Allgemeinwohles darin besteht, daß man die Interessen der armen und arbeitenden Bürger aus politischer Rücksicht mit Füßen tritt! Wir unterlassen es nicht, dem überchristlichen Sachkenner für diese Belehrung über die rechtsichtige Gewissenlosigkeit unsern wärmsten Dank zu widmen. Ob seine Freunde ihm dafür danken werden, dürfte allerdings zu bezweifeln sein.

So ganz ohne weiteres kam der schwarze Mann allerdings nicht zu diesem wertvollen Geständnis. Am 2. März fand aber in der berühmten Ostbahn eine wirklich von fast 90 Personen, darunter Gemeindevorsteher Lind mit seinem gesamten Herrmann, besuchte große Versammlung des Bürgervereins statt, von der die Sozialdemokraten ausgeschlossen waren. Und von diesem fieseren Kampfplatz vernichtete nun Klawitter die Sozialdemokratie mit Stumpf und Stiel. Leider schien er dabei mit nicht zu angenehmen Empfindungen an gewisse „Kautelen“ und ähnlich schöne Dinge zu denken und das hat seine selten kostbare Rede doch ein wenig beeinträchtigt. Er begann mit der Behauptung, daß man kein Sozialdemokrat zu sein brauche und doch für die Arbeiter wirken könne. In der Danziger Stadtverordnetenversammlung seien zum Beispiel die berechtigten Wünsche der Arbeiter und Beamten stets von den bürgerlichen Parteien vertreten. Nach dieser überaus starken Belastung seiner Zuhörer, die leider zu sehr an den jetzigen Münchhausen erinnerte, versicherte der Möbelhändler sogar, daß er kein Sozialdemokrat sei. Er könnte es auch nur dann einmal und höchstens gezwungen werden, wenn er wieder ins Proletariat zurückgeschleudert werden sollte! Was wird man wohl im schwarzen Lager zu diesem aristokratischen Zukunftsgenossen sagen?

Bald korrigierte Klawitter aber sein Lob über die Förderung der Arbeiterinteressen im Danziger Dreiklassenhaufe. Er versicherte nun, schon mehr der Wahrheit entsprechend, daß die bürgerlichen Parteien im Rathaus den lebhaftesten Widerspruch gegen Arbeiterforderungen und zwar nicht deshalb, weil sie unbedeutend wären, sondern infolge der Verhehlung der Sozialdemokratie! Derselbe Klawitter hat allerdings den Mut befaßt, im Rathaus ganz würdig zu erklären, daß er die Forderungen der städtischen Arbeiter nur deshalb ablehne, weil sie von dem ihm als sozialdemokratisch demunzierten Verbandsvertreter werden! Wenn er jedoch versichert, daß diese pflichtwidrige „Politik“ rechtsichtiger Gewissenlosigkeit in den Bürgerkreisen allgemein gelte, wird, so wird das doch wohl seine Nichtigkeit haben.

Dann hub der heilige Mann ganz fürchterlich zu drohen an: die Sozialdemokraten hätten ihn herausgefordert. Lange genug habe er geschwiegen. Er werde sich aber in dieser Beziehung bessern. Am 1. Mai 1913 habe ihn die Volkswacht angegriffen; da beweise, wie viel er ihr gelte. Dieser Schwafel wurde selbst einem der Zuhörer zu viel. Er fragte Klawitter laut, was denn das Zeug hier in der Versammlung solle. Klawitter riet dem unbehaglichen Frager, sich schleunigst zu entfernen. Als der Schwarze dann weiter über seine Behandlung durch die Volkswacht lamentierte, protestierte der Opponent noch einmal. Nun gab Klawitter ihm den jetzt christlichen Rat, doch noch einen Mandat zu trinken! Wenn irgend etwas, so hat diese Rede der Arbeiterschaft von Ohra bewiesen, wie dringend notwendig es ist, daß sie sich von dem Terror bürgerlicher Arbeiterfeindschaft in der Gemeinde befreie. Es darf deshalb bis zur Wahl keine Sekunde veräußert werden, um die Wahl der Sozialdemokraten Brill und Ortschaft zu sichern!

Stuhm-Marienwerder.

Wegen Gattenmordes zum Tode verurteilt.

Vor dem Schwurgericht in Graudenz erfolgte die Verhandlung gegen die 46 Jahre alte Rentnersfrau Luise Haß geborene Münchhausen aus Marienwerder, die des Mordes an ihren 49 Jahre alten Ehemann, des Rentiers Julius Haß, angeklagt war. Haß starb am 27. November vorigen Jahres unter Vergiftungserscheinungen. Die Untersuchung hat Phosphorvergiftung ergeben. Als der Tat dringend verdächtig wurde die Ehefrau des Haß und unter dem Verdachte der Beihilfe der 35jährige Gerber Albert Schröder, zu dem die Haß in nähere Beziehungen getreten war, in Haft genommen. Schröder wurde bald wieder auf freien Fuß und später außer Verfolgung gesetzt, da sich seine Unschuld herausstellte. In der gerichtlichen Untersuchung gab eine Schwester des Ermordeten, die Witwe Neumann aus Marienwerder an, ihr Bruder, der früher Besitzer in Biafen war, habe ihr erzählt, daß er seiner Frau den Verkehr mit Schröder streng verboten hatte, worauf sie ihn mit dem Tode bedroht hatte. Am 22. November 1913 setzte ihm seine Frau Kloppe vor, die einen widerlich-süßen Geschmack zeigten. Infolge des Kloppegenußes stellte sich bei Haß heftige Ubelkeit ein. Er brachte einen der Kloppe in Begleitung seiner Schwester zu einem Arzt, der feststellte, daß der Fleischstoff phosphorhaltig war. Die vom Arzt verordneten Brechmittel hatten wenig Erfolg, so daß der Mann am 27. November im Krankenhaus starb. Anfang Dezember legte Frau Haß im Untersuchungsgefängnis zu Graudenz ein Geständnis ab, worin sie angab, ihrem Mann mit Rattengift zubereitete Kloppe vorgesetzt zu haben. Das Gift (Phosphorvergiftung) hatte sie zwölf Tage vor der Mordtat in einer Marienwerderer Apotheke gekauft und dabei den Giftschein mit falschem Namen und falscher Wohnungsangabe unterzeichnet. Während die Angeklagte zu Beginn der Verhandlung ziemlich gefaßt tat, verfiel sie im weiteren Verlauf der Schwurgerichtssitzung in Schlußreden und Weinen. Es waren sechs Zeugen, vier ärztliche Sachverständige

Bernichtung der Wahlfreiheit in Ohra! Proklamierung des Polizeiabsolutismus!

Die Polizeiverhältnisse in Ohra werden nachgerade ein Skandal, der zum Himmel stinkt. Meschke, ein Mann, der mehrfacher Amtsverbrechen beschuldigt ist, auf denen Zuchthausstrafe steht, ist noch immer im Amt und übt seine Willkür an den Ohraern Gemeindegewaltigen. Unter anderem hat Herr Meschke noch in den letzten Wochen auf der Polizeiwache einen Mann verprügelt. Er hat unter Mißbrauch der Namen des Pfarrers Kleefeld und des Amtsvorstehers Lind einen kleinen Jungen auf die Polizeiwache gelockt, um ihn dort zu „verhören“ und dann dem Kinde verboten, den Eltern von den Vorgängen auf der Wache etwas zu erzählen. Meschke ersah den Förgang dieser Tage abends um halbzehn in der Wohnung eines Bahnarbeiters, um den Mann zu verhaften, weil dieser eine Strafe von 3 Mark noch nicht bezahlt hatte. Aber alle Taten Meschkes werden durch seine neueste Über-troffen. Unsere Parteigenossen in Ohra brachten folgendes Plakat zum Aushang:

Gemeindegewähler der 3. Abteilung!

Wer in Ohra gesunde Verhältnisse schaffen will, der wähle sozialdemokratisch!
Wer gern recht viel Steuern zahlt und dafür Unrecht und Interessenherrschaft eintauschen will, der wähle bürgerlich!
Wer Polizeireformen wünscht, der wähle sozialdemokratisch!
Wer ein Freund der heutigen Polizeiwirtschaft ist, der wähle bürgerlich!
Wer als aufrichter Mann sein Recht vertritt, der wähle sozialdemokratisch!

und zwei Richtschemmer geladen. Die Angeklagte war geständig, behauptete aber, von Schröder angeflist zu sein. Die Geschworenen sprachen die Angeklagte Frau Haß des Mordes schuldig. Das Urteil lautete darauf auf Todesstrafe und dauernden Ehrverlust. Frau Haß fiel bei Verkündung des Urteils in Weinkrämpfe.

Graudenz-Strasburg.

Ein westpreussischer Fall Hamm? In der Danziger Zeitung lesen wir:

Graudenz, 4. März. Für die Wiederaufnahme des Verfahrens die jetzt 54 Jahre alte Besitzerfrau Karoline Kieper geb. Janke aus Klein-Sibau (Kreis Schwetz), die vor einiger Zeit vom Schwurgericht zu Graudenz wegen Ermordung ihres Mannes, des Besitzers Wilhelm Kieper zum Tode verurteilt worden war, erhoben sich neuerdings gewichtige Stimmen. Die Todesstrafe wurde im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Frau Kieper, die ihre Strafe in der Strafanstalt zu Jordan verbüßt, beteuert nach wie vor ihre Unschuld. Neuerdings hat sie ein Gesuch um Wiederaufnahme des Verfahrens an den Justizminister gerichtet, und es scheinen jetzt die bezüglichen Bestrebungen ihres Verteidigers sowie eines Geschworenen, der die Frau schon bei der Verhandlung für nichtschuldig hielt, da der vergebliche Ehemann ein starker Arsenikesser gewesen sein soll, wie versichert wird, nicht aussichtslos zu sein. Ein kürzlich veröffentlichtes wissenschaftliches Gutachten hat sich gegen die Annahme der Geschworenen ausgesprochen, daß dem verstorbenen Manne das tödliche Gift „beigebracht“ worden sei. Das erwähnte Gutachten ist seinerzeit von unserer Volkswacht veröffentlicht worden. Keine andere Zeitung Westpreußens hat es gebracht. Ob nun, nachdem in Westfalen ein schuldloses Opfer aus dem Zuchthaus befreit wurde, die Nachprüfung des Kieperprozesses erfolgen wird?

Schwetz.

Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Schwetz (Marienwerder 5) findet am 21. April statt. Deutscher Kompromißkandidat ist wieder Landrat von Halen, der dem Polen gegenübersteht.

Thorn-Kulm-Briesen.

ierzehn Gebote für jedermann.

Trotz aller Warnungen lassen sich immer wieder viele, vor allem Frauen, von aufdringlichen Reisenden zum Unterschreiben von Bestellscheinen überreden, die sie vorher nicht aufmerksam gelesen oder nicht richtig verstanden haben. Erst dann, wenn es zu spät ist, erkennen sie, daß sie durch die Unterschrift Verpflichtungen übernommen haben, die sie nur widerwillig, schwer oder gar nicht erfüllen können. Darum ist die Warnung am Platze, die das Münchener Gemeindericht in Form von vierzehn Wertfähen veröffentlicht:

Kaufe und bestelle nichts, was du nicht nötig hast.
Laß dich von keinem Fremden bereden, etwas zu bestellen, was du vorher nicht embehrst hast.
Bestelle nichts von fremden Reisenden, was du am Ort im Laden kaufen kannst. Du kaufst bei ihnen nicht billiger. Er muß die Prozente, von denen er lebt, auf die Ware draufschlagen. Im Laden hast du die Auswahl und siehst, was du benötigst; andernfalls kaufst du die Rage im Sad.
Wenn du nichts bestellen willst und der Fremde aufdringlich wird, so erlaube ihn höflich und ruhig, aber bestimmt, weiterzugeben, etwa mit den Worten: „Ich will nichts bestellen, ich bitte Sie, wieder zu gehen.“ Geht er trotzdem nicht, so fügt du, wieder ruhig, aber bestimmt bei: „Wenn Sie meine Wohnung nicht als bald verlassen, werde ich gegen Sie Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs stellen.“ Geht er immer noch nicht, so rufft du die Polizei.

Unterschreibe keinen Bestellschein, den du nicht ganz gelesen und ganz verstanden hast.
Unterschreibe nie, ehe der Bestellschein nicht ganz ausgefüllt und Anzudeckendes durchgestrichen ist.
Sieh zu, ob die Zahlen und Preise stimmen.
Vieles auf die kleingedruckten Stellen, sie sind manchmal die wichtigsten.

Verstehest du etwas nicht, so laß dich auf keine Erklärungen ein, sondern verlange, daß es gestrichen wird. Unterschreibe nicht, wenn man nicht streichen will.

Es gilt nur, was im Bestellschein steht. Verlaß dich nicht auf mündliche Versicherungen, unterschreibe nicht eher, als bis alles im Bestellschein steht, was man dir versprochen hat.

Mit Reisenden fremder Firmen verhandle nur vor Zeugen. Verlange Kopie vom Bestellschein und laß die Kopie vom Reisenden unterschreiben. Prüfe, ob Kopie und Bestellschein übereinstimmen.

Unterschreibe keinen Bestellschein, wenn etwas vom Erfüllungsort oder Gerichtsstand darin steht. Verlange, daß der Satz gestrichen wird, sonst unterschreibe nicht; du wirst sonst auswärts verklagt und durch Verfahrensursache verurteilt, wenn du dir nicht einen Rechtsanwalt nehmen kannst!

Wer sich vor den großen Herren duckt und wem die Zukunft seiner Kinder und seiner Klasse gleichgültig ist, der wähle Ortschaft!

Ortschaft und Brill ist die Parole aller Charakterfesten und selbstbewußten Wähler!

Das Wahlkomitee.

Dieses Plakat hat der Amtsergeant Meschke am Montag nachmittag beschlagnahmt. Wir wissen nicht, ob das aus eigenem Antrieb, ob auf Befehl seiner Vorgesetzten geschehen ist, das eine wie das andere wäre möglich. Strafrechtlich enthält das Plakat jedoch nichts, was das Eingreifen der Behörde rechtfertigen könnte. Daher drängt sich der Gedanke auf, daß bleiche, schlotternde Angst vor dem Wahlausfall die Konfiskation veranlaßte. Man fürchtet, daß Ortschaft und Brill, die Kandidaten der Sozialdemokratie, bei der Gemeindegewahl gewählt werden. Die sollen in den Gemeinderat hinein, die dort mit dem Kopf nicken, wenn es von oben herab gewünscht wird. Um die Wahl der Sozialdemokraten zu verhindern, wurde das Plakat beschlagnahmt. Arbeiter und Kleinbürger von Ohra, jetzt zeigt, daß ihr Rückgrat habt! „Nun gerade Ortschaft und Brill!“ muß es heißen. Ihr seid mündige Männer und kein Polizeiergeant, kein Amtsvorsteher und kein Landrat vermag euch vorzuschreiben, wen ihr wählen sollt. Wer sich das gefallen ließe, der hätte verdient, was ihm geboten wird. Hilt die rote Fahne über Ohra!

Auf zur Wahl von Ortschaft und Brill!

Hüte dich vor Ratenzahlungen, sie sehen billig aus, aber sie kommen teuer. Kannst du nicht regelmäßig zahlen, so nimmst man dir die Ware wieder ab und von deinen Zahlungen bekommst du nichts wieder.

König-Luchel.

Feuer in König. Sonntag, nachts um 10 1/2 Uhr brach im Modehaus Jolef Jerzynski Feuer aus. Der Brand wurde aber gelöscht, ehe die Feuerwehr kam.

Neustadt-Karthaus-Putzig.

Vom Zoppoter Seefteg sprang ein älterer Hotelbesitzer ins Meer. Der Lebensmüde erkrankt trotz sofort unternommener Rettungsversuche.

Genossenschaftsbewegung.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1913.

Die Zahlen der Verbandsstatistik liegen, soweit die Konsumvereine in Frage kommen, heute bereits vor. Sie berechtigen zu der Erklärung, daß die Konsumentenorganisationen den Unbilden der wirtschaftlichen Krise weit erfolgreicher Trotz geboten haben, als vorsichtige Berechnung aller in Betracht kommenden Momente im voraus zu gestatten schienen. Es betrug:

die Zahl der angeschlossenen Vereine	1912 1155	1913 1157
die Zahl der berichtenden Vereine	1128	1129
die Mitgliederzahl	1.483.811	1.620.694
der Umsatz im eigenen Geschäft	423.145.111	472.006.215
der Umsatz im Lieferantengeschäft	31.321.421	32.554.191
der Wert der Eigenproduktion	83.871.263	99.877.629

Es wurde also ein Mitgliederzuwachs von fast 137.000, eine Steigerung des Umsatzes im eigenen Geschäft von fast 49 Millionen Mark und eine Erhöhung des Wertes der Eigenproduktion um 16 Millionen Mark erzielt. So sieht der „Rückgang“ aus, den die Händlerblätter dem Zentralverbande bereits anzudichten sich berechtigt fühlten! Vielleicht trösten sie sich mit der geringen Zunahme der Zahl der Verbandsvereine, die bekanntlich auf die Berichtszugsbestrebungen zurückzuführen ist, und mit der Tatsache, daß im Jahre 1912 das Wachstum allgemein ein etwas größeres war. Wir wissen aber nicht recht, ob dieser Trost nicht allzu mager ist, angesichts der imposanten Erhöhung aller Zahlen und des Umfanges, daß der Umsatz durch den Rückgang der Preise in manchen Massenartikeln nicht unerheblich beeinträchtigt wurde.

Bemerkenswert ist, daß das Wachstum in allen Unterverbänden, wenn auch nicht überall in gleichem Maßstabe, festzustellen ist, obwohl einzelne Gebiete außergewöhnlich schwer von der Krise betroffen wurden. Wir geben nachstehend die entsprechenden Zahlen:

	Zahl der angeschlossenen Vereine		Mitgliederzahl		Umsatz im eigenen Geschäft	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Beyern	96	96	106.994	121.438	25.676.847	29.023.541
Brandenburg	98	101	176.867	211.789	36.849.020	44.973.777
Mitteldeutschland	127	130	107.900	118.000	33.116.965	37.206.969
Nordwestdeutschland	169	169	264.309	287.281	76.071.257	85.930.100
Rheinland-Westfalen	54	42	185.844	192.474	54.197.972	59.273.665
Sachsen	170	173	293.616	306.734	96.817.308	106.053.850
Südwestdeutschland	115	116	128.943	148.700	32.830.487	37.143.014
Thüringen	215	214	125.674	131.447	41.819.326	44.575.488
Württemberg	84	84	93.664	102.831	25.765.931	27.805.811

Sobald das Ergebnis für die gesamten dem Zentralverbande angeschlossenen Organisationen vorliegt, werden wir es an dieser Stelle mitteilen. Schon heute kann gesagt werden, daß es so wenig wie das für die Konsumvereine Beröfentlichte deren Feinden als Unterlage zu einer Belleidsepistel an die Konsumentenorganisationen dienen kann.

Aus der Partei.

Sozialdemokraten werden auf alle Fälle bestraft!

Nie recht zu machen ist es den preussischen Behörden. Am 30. Januar fand in Düsseldorf eine große Arbeitslosendemonstration statt. Der Vorsitzende der Düsseldorfer Parteioorganisation, Genosse Bertin, und der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, Genosse Agnes, wurden deshalb wegen „Veranstaltung eines nicht erlaubten öffentlichen Umzuges“ der Arbeitslosen angeklagt. Beide Angeklagten wurden zu je 50 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, daß der Nachweis dafür, daß die Angeklagten den Umzug veranstaltet hätten, nicht erbracht sei, von der Beschuldigung der Veranstaltung wären sie freizusprechen; dagegen sei erwiesen, daß Bertin und Agnes sich bemüht hätten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sie seien also zwar nicht Veranstalter, aber Leiter des Demonstrationzuges gewesen und deshalb bestraft.

Der preussischen Justiz und Polizei ist nichts recht zu machen. Hätten die beiden Genossen nicht für Ruhe und Ordnung gesorgt, dann wären Bestrafungen wegen „Rufschädigung“ erfolgt. Da sie die ihr staatsverhaltende Tätigkeit ausgeübt haben sollen, die große Verlesung in Ordnung zu halten und zu verhindern, daß die Ruhe gestört wird, werden sie „als Leiter“ bestraft.

Die Arbeit lohnt!

Unser Duisburger Parteiorgan, die Niederrheinische Arbeiterzeitung, kann mitteilen, daß bei der in ihrem Kreise bereits begonnenen Werbearbeit für Parteipresse und Organisation auf den ersten Anlauf 1231 neue Abonnenten gewonnen worden sind. Auch die Anzahl neuer Parteimitglieder ist eine respectable. Doch liegen die Zahlen aus den einzelnen Orten noch nicht alle vor. Das Duisburger Resultat zeigt, daß die rote Kampfeszeit üppig aufsteht. Gestärkte müssen heran, Werber und Kämpfer für die Macht der Proletarierorganisation! Kommen sie in großer Zahl schloß sie keiner sich aus, so wird allerorten ein gewaltiger Schritt vorwärts getan werden können!

Soziales.

Zur Arbeitslosenversicherung.

Für die Arbeitslosenunterstützung der Stadt Mannheim waren in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 8102,60 Mark erforderlich. Vorgelesen waren 25 000 Mark. Hiervon wurden verausgabt für die organisierten Arbeitslosen durch die Gewerkschaften 1823,90 Mark und für die nicht organisierten Arbeiter durch das Arbeitsamt 3278,70 Mark. Von den letzteren sind etwa der fünfte Teil organisierte Bauarbeiter, die nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert sind. Zum Bezuge des Unterstützung meldebten sich 543 Organisierte und 531 Nichtorganisierte; abgewiesen wurden 50 Organisierte und 113 Nichtorganisierte, weil für sie die statistischen Voraussetzungen nicht zuträfen. 29 Organisierte verzichteten freiwillig auf Unterstützung, da sie mittlerweile Arbeit erhalten hatten. Die 463 organisierten Arbeiter waren zusammen 6075 Tage, ie 418 Nichtorganisierten zusammen 4075 Tage arbeitslos. Unter einer lang anhaltenden Arbeitslosigkeit hatten besonders die Holzarbeiter, die Glasler und die Metall-

arbeiter zu leiden. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit hinter der Schätzung zurückblieb, so hat das seine Ursache in der Tatsache, daß in Mannheim mit keiner vielseitigen Industrie die Arbeitslosigkeit nicht schon im vorigen Sommer, wie anderwärts, allzu stark einsetzte.

Auch ein Zeichen von steigender Not. In Mannheim mußten bei einer Durchschnittsbevölkerung von 221 000 4691 Personen durch die Armenverwaltung unterstützt werden, das sind 287 mehr als im Vorjahr. Es wurden gezahlt 474 504,40 Mark gegen 421 300 Mark im Vorjahr. Auf 1000 Einwohner entfallen 21,50 unterstützte Personen und ein Armenaufwand von 190 Mark.

Humor und Satire.

Die konservativen Frauen.

Es wollen die Damen der Männer der Rechten zu einem Bund sich zusammenschließen, Freifrauen, Komtessen, Baronessen und die Durchlauchtigen nicht zu vergessen.

Auch sie werden wirken als weibliche Hüter für Ritter- und andere heilige Güter und werden in Koben von besseren Seiden Beschwören, schauerlich nutzlos.

Wenn ihre Männer brüllen im Bass, Ruft im Sopran der Damen Masse, Daß unser Vaterland müsse verderben, Wenn Tugend und Hochzoll gehen in Scherben.

Sie werden beim Kaffeeplappern Dieselben altbackenen Phrasen plappern, Man wird sie in Versammlungen sehr Mit ihrem Mannesvort homogen.

Doch wird sich eine zu sagen getrauen, Wir wollen etwas mehr Rechte, wir Frauen, Dann pußt sie der liebende Gatte aus:

„Ein deutsches Weib gehört ins Haus!“
F. C. im Ull.

Beschäftliches.

Je öfter — je lieber. Wir bedürfen bei unseren Speisen viel mehr Abwechslung als bei unseren Getränken. Die meisten glauben nur Bier, Wein oder Kaffee könne man täglich trinken, ohne mit der Zeit einen Widerwillen davor zu bekommen. Sie lassen schließlich das Vorurteil, daß man alles andere früher oder später „über“ bekommt. Das ist aber ein Irrtum! Der gesunde Kathreiners Malzkaffee ist ein Familiengetränk, welches seit über 25 Jahren täglich von Millionen immer wieder und immer mit steigendem Genuß getrunken wird. Weil er viel billiger ist als Kaffee, haben manche ein Vorurteil gegen Kathreiners Malzkaffee. Man bildet sich eben ein etwas Billiges könne gar nicht gut sein. Kathreiners Malzkaffee ist aber billig und doch gut! Man gewöhnt sich leicht an ihn und gewinnt ihn jeden Tag lieber.



In raschem Siegeslauf hat sich Kathreiners Malzkaffee den ganzen Erdball erobert. Er wird täglich von vielen Millionen Menschen getrunken. Der Gehalt macht's!

Öffentliche Volksversammlung

Sonntag, den 15. März, nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Steppuhn, Schidlitz.

Tagesordnung:

Der Sozialismus über die bürgerliche Weltanschauung

Redner **Hans Marckwald**, Königsberg.

Zu dieser Versammlung sind Frauen und Männer eingeladen, hauptsächlich die neugewonnenen Mitglieder. Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Land
Bezirk Ohra.

Frauenmitgliederversammlung

Donnerstag, den 12. März 1914, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokale, Wurstmachergasse 6.

Tagesordnung:

1. Warum fordern die Frauen das Wahlrecht?

Referentin: Frau Käthe Leu, Danzig.

2. Freie Diskussion. 3. Sonstiges.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich zahlreich an dieser Versammlung zu beteiligen. Gäste können eingeführt werden.

847] Der Vorstand.

Öffentliche Frauen-Versammlung in Heubude

am Sonntag, den 15. März 1914, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Peters, Heubude.

Tagesordnung:

1. „Her mit dem Frauenwahlrecht.“

Rednerin: Frau Käthe Leu, Danzig.

2. Freie Aussprache.

Arbeiterfrauen von Heubude! Sorgt für einen guten Besuch der Versammlung. Nach Schluß der Versammlung gemütliches Beisammensein.

848] Der Einberufer.

Sozialdemokrat. Verein Danzig-Stadt
9. Bezirk (Petershagen).

Außerordtl. Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, den 12. März 1914, abends 8 Uhr.
Es gilt, eine wichtige Tagesordnung, die in der Versammlung bekanntgegeben wird, zu erledigen. Deshalb darf kein Mitglied fehlen.

Die Bezirksleitung.

Persil
für
Wollwäsche!
Henkels Bleich-Soda

Grosses Lager in Fahrrädern
Zubehör und Ersatzteile. Nähmaschinen, vor- und rückwärtsnähend. Eigene Reparatur-Werkstätte für Fahrräder und Nähmaschinen. Teilzahlung gestattet. Wer wirklich gut bedient sein will, der kaufe nur in der
Danziger Fahrradzentrale
Ernst Röhl, Breitgasse 56. 845]

Hüte
Mützen
Krawatten, Wäsche
in reichster Auswahl zu bekömmlich sehr billigen Preisen
Huthaus London
Nur 2. Damm
Nr. 10.
[842]

Beltragen verloren
am Freitag bei der Frauenversammlung im Schidlitz' Bürgergarten. Abzugeben bei Scherbar, Faulgraben 17, 2 Tr.

Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat, das Schuhmacherhandwerk zu erlernen, kann sich melden.
H. Uter, Weidengasse Nr. 21.

Kanarienhähne
echt Stamm Seifert, Tag-u. Lichtsänger, zu jedem angenehmen Preis zu verkaufen.
844] Am Stein Nr. 16. Türe 1.

Hund
sehr billig zu verkaufen.
Ohra, Radaunestraße Nr. 24.

Menschenschlachthaus.
Bilder vom kommenden Krieg!
Preis 1,00 Mk. Porto: Druckfache 10 Pfg.
Volkswacht-Buchhandlung, Danzig, Paradiesg. 32.

Central-Theater

Elbing, nur Brückstr. 15.

Neues Programm!

Darunter

ein Hauptschlager

und herrliche Dramen

sowie Humoresken.

Jedes Bild ein Schlager!

Die Direktion.

Möbel-Spiegel
Polsterwaren

empfehlen in nur sauberer und gediegene:
Ausführung auf
Billigste Preise · Streng reelle Bedienung
Unerreicht dastehende Kulanz

Kredit

Bei ganzen Aussteuern Extrapreise
Billigste Bezugsquelle auch bei Einkäufen gegen Bar!

A. Kaatz Nachf., Kaatz & Lessing, Danzig,

Lawendelgasse 23, vis-à-vis der St. Nikolai-Kirche an der Markthalle

Das Geheimnis unseres Erfolges!

Worin besteht es? Was gab der Arbeiterbewegung Kraft und Schwung? Was war es, daß sie allen Stürmen trogen ließ?

Das ist der unerschütterliche Glaube an die ideale Sache, das ist die Solidarität, der nie lösbare Zusammenhalt, der in den Massen der denkenden Arbeiter lebendig ist.

Von innen heraus, von unten auf muß der Kämpfergeist dringen, der die Arbeiterklasse zu neuen Taten, neuen Siegen führt.

Die rote Woche

muß daher gemeinsame Sache aller Glieder der Millionengemeinschaft des Proletariats sein. Sie muß mit dem glühenden Hauche erobernder Begeisterung erfüllt werden.

Großes steht auf dem Spiel für uns wie für unsere Gegner, die schon zum Gegenschlage ausholen. Erfolgreich wird stets nur der sein, der seine ganze Stärke, sein ganzes kühnes Zukunftswollen, sein ganzes Ich in die Wagschale wirft.

Genossen und Genossinnen, vorwärts! Richtet euer Denken und eure Arbeit auf den einen Punkt, auf die große, stolze Werbeweche. Seid einig! Seid eurer Macht euch bewußt!

Zeigt, was ihr könnt!

Aus Westpreußen.

Kindermord! 4368017 Säuglingsleichen!

Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht im Reichsanzeiger Nr. 37 eine Zusammenstellung über die Säuglingssterblichkeit in den deutschen Bundesstaaten, für Preußen nach Provinzen gesondert. Daraus ergibt sich, daß die agrarischen Bezirke, wie mit allen anderen unersetzlichen sozialen Erscheinungen, auch in bezug auf die Säuglingssterblichkeit den unheimlichsten ersten Platz einnehmen. Und das trotz der an sich gewiß gesünderen Lebensbedingungen auf dem Lande. Von je 100 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahre im Durchschnitt für das ganze Reich 11,7 Säuglinge. Für Preußen liegt die Sterblichkeitsziffer mit 11,6 fast auf derselben Linie. Etwas größer als im Reichsdurchschnitt war die Sterblichkeit der unehelichen Säuglinge in P. ussen. Hier erlagen von je 100 im ersten Lebensjahre 24,6, im Reich 23,2. Die niedrigste Sterblichkeitsziffer für alle Säuglinge hat W. ppe mit 9,7, die höchste Westpreußen mit 19,1. Um zu zeigen, wie unvorteilhaft die Domänen der Junker in dieser Beziehung abschneiden, geben wir die folgende Gegenüberstellung. Von je 100 Lebendgeborenen starben im ersten Lebensjahre:

	überhaupt	ehelich geborene	unehelich geborene
Berlin	14,1	12,7	19,2
Lübeck	12,9	12,1	19,4
Hamburg	12,7	11,2	22,4
Bremen	12,1	10,7	24,8
Provinz Sachsen	17,8	17,0	25,7
Bayern	17,7	16,9	23,4
Sachsen-Mtenburg	17,1	16,3	21,7
Schlesien	17,8	17,0	25,7
Ostpreußen	17,8	16,5	29,0
Westpreußen	19,1	18,1	33,3

Insgesamt waren es 275 571 Säuglinge, die in dem einen Jahr ins Grab sanken. Diese Ziffer betrug in den letzten 12 Jahren 4 368 017. Bei nur geringer sozialer Fürsorge hätten viele, viele Tausende der Kinder dem Leben erhalten werden können. Zwar ist die Säuglingssterblichkeit zurückgegangen, aber das ist vorwiegend ein Verdienst der Städte und der hier tätigen Sozialdemokratie.

Danzig.

Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Wahlen sind für gewisse redliche Volksfreunde höchst unangenehme Situationen. Zwar sind die Wähler für das städtische Dreiklassenhaus infam entzweit. Sie bekümmern sich leider auch viel zu wenig um die volkstümliche Arbeit der Leute im Rathaus. Schließlich läßt sich aber trotzdem nicht mehr vertuschen, daß das Volk von den Dreiklassigen des städtischen Parlaments von Wahl zu Wahl immer rückwärts behandelt wird. Alle Verbesserungen der freisinnig-zentrirlich-konservativen Blockbrüder bei den Stadtverordnetenwahlen sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt werden. Das merkt doch auch schließlich der harmloseste Wähler, wie bösartig seine „besten Freunde“ ihn zum Narren gehalten haben. Deshalb geht es vor den Wahlen immer wieder an das große Einseifen. Es war deshalb kein Wunder, daß die vorletzte Stadtverordnetenversammlung die ruhmvolle Debatte wegen der Löhne der städtischen Arbeiter hatte.

In der Sitzung am 4. März folgte die würdige Fortsetzung. Die Freisinnigen haben so eine Ahnung, als ob die Schwarzblauen sie im Herbst trotz aller Knechteligkeit aus dem Block werfen wollen. Daher müssen sie gewaltig in Arbeiterfreundlichkeit machen. Der kommerzierräuliche Arbeiterathlet H e i n r i c h hatte mit einigen Genossen, zu denen seine gottgewollten Führer D r. H e r m a n n und der Millionär M i n s t e r b e r g nicht gehörten, eine gewaltige Reformaktion eingeleitet. Sie forderten demütigt vom Magistrat die Einsetzung einer gemischten Kommission zur Prüfung der Einführung der städtischen Arbeitslosen-Versicherung. Dieser Wunsch war erst vor einigen Wochen von dieser Versammlung in der üblichen Weise begraben. Der Magistrat wollte aber ganz sicher gehen und hatte deshalb den Stadtvätern schleimigst das Rundschreiben des Städtetages zugestellt, das sich mit alter Rücksichtslosigkeit für die bedingungslose Aushungerung der Arbeitslosen und ihrer Frauen und Kinder ausspricht.

Aus langer Kenntnis des geistigen Hochstandes dieses Hauses kann uns so leicht nichts mehr verblüffen. Als wir die Neben zu diesem harmlosen Antrage hörten, mußten wir uns aber immer wieder an den Kopf fassen. Schließlich hat doch selbst ein Herrenhäusler wie Oberbürgermeister S c h o l z nicht bloß 21 000 Mark Gehalt und ein wunderschönes Automobil, sondern auch den Ruf eines intelligenten Mannes zu verlieren. Diese Gefahr hinderte ihn aber nicht, sich in unverständlicher sozialpolitischer Rückständigkeit zu entblößen.

H e i n r i c h begründete seine Bitte untertänigst. Er verwies darauf, daß die Arbeitslosigkeit infolge der Krise usw. die Arbeiter unverschuldet überfalle. Dann seien die Kosten der Versicherung für die Stadt nicht unerträglich und dürften jährlich über 10 000 Mark nicht überschreiten. Während seiner Ausführungen wurde H e i n r i c h durch höhnische Zurufe seiner schwarzblauen Bundesgenossen, daß er ablese, und durch Gelächter unterbrochen. Dann wurde der Bernese durch den D e r niedergestreckt. Dieser konnte keinen Nutzen aus der Erörterung dieser Frage in der Kommission sehen, weil die Versicherung Sache des Staates sei! S c h a d e rief dazwischen, daß die Kommunen auch gar kein Recht dazu besitzen, die Versicherung einzuführen. Das wagte der hausaragrarische Ergreaktionär, obwohl schon eine ganze Anzahl, auch preußischer, Städte die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit besitzen! Dann fand der D e r wieder den glanzvollen Einwand, daß die

bisherigen Leistungen der Städte auf diesem Gebiet nur kleine Tropfen auf heiße Stein wären! Der ehemalige polnische Baron und sich noch immer stark blaublutig fühlende Junkertrauer v o n B r z e z i n s k i war für die Kommission deshalb, um dort seinem lieben H e i n r i c h zu beweisen, welchen P h a n t o m e n er nachjage. Der Oberpostsekretär S t a h l, der unwiderstehliche Lüstler, machte darauf aufmerksam, daß man doch wenigstens berücksichtigen solle, daß unlängst größere Vereine mit 5000 Mitglieder die Arbeitslosen-Versicherung beantragt hätten. Sein freisinniger Parteigenosse, Kaufmann B r ä m e r, antwortete darauf, daß er in der Kommission nur nachweisen möchte, daß die Behauptung Heinrichs, die Arbeitslosigkeit sei eine heilbare Krankheit, eine Illusion sei! Hierauf konnte sich sogar der große M i n s t e r b e r g, der parlamentarische Bannerträger der freisinnigen „Partei der Menschenrechte“ die bei ihm übliche Zerschmetterung des Schutzes der Arbeitslosen sparen. Nur fünfzehn Stadtverordnete, darunter auch Krause, Klawitter und — Herzog von den Schwarzblauen, stimmten anstandslos für den vorgeschlagenen Antrag. D r. H e r m a n n und M i n s t e r b e r g besaßen sich nicht unter den Zustimmenden. Trotzdem werden H e i n r i c h und die übrigen „Arbeiter“vertreter den freisinnigen Börsenspekulanten die kommunalen Kasallendienste nicht verweigern.

Es bleibt hiernach weiter bei der modernen „Selbstverständlichkeit“ Danzigs, daß die Stadt in nächster Zeit auf Kosten der Steuerzahler einen Tatterjass für die ebelen Pferde einrichtet, aber keinen Pennig für die Arbeitslosen übrig hat. Die Stadt zahlt sogar jährlich 12 820 Mark für himmlische Bedürfnisse an die Kirchen. Darunter sind auch 109,07 Mark, für jeden Sonntag also 2,20 Mark, für die Befriedigung der religiösen Gefühle des Magistrats in der Marienkirche; für Reinigung, Beleuchtung und Heizung des Gefühles, sowie für Anstehen der Nummer für die Gesangbuchlieder. Mit dem Betrag für die kirchlichen Aufwendungen wäre die Arbeitslosen-Versicherung wahrscheinlich schon allein durchzuführen.

So unheimlich viel Geld können die Edelsten und Besten der städtischen Dreiklassenburg, die sich in diesem Jahre als Schutzschuß für ihre Erpöhlunge bloß 501 400 Mark bewilligten, schon aus purer Gewissenhaftigkeit nicht für die unnützen, schon längst mit Wohlthaten überhäuftten, Proleten fortwerfen.

Neuer Ausbruch. Der schiffbrüchige Reichsverband gegen die Sozialdemokratie will in Danzig trotz redlichster Anstrengungen des D r. J o h n und seines T a u b e auf keinen grünen Zweig kommen. Die stiermännige Anrempelung der Sozialdemokratie mag zwar dem vornehmen W e i n h a u s e n -Freisinn sehr angenehm sein, findet aber bei Leuten von nur einzigem Geschmack immer weniger Anklang. Trotz der neuen freisinnigen W e i s s e r i n A b e l h e i d M o h n, muß der Reichsverband notwendigst nach Krücken schnorren. Am 2. März hatte sich deshalb der unwiderstehliche T a u b e aus Königsberg nach Danzig bemüht, um im Hotel Germania einen Ausschuß vaterländischer Vereine zu gründen. D r. J o h n, der vernünftige sozialpolitische Quakler der ostelbischen Schwarzmacher, rütelte das natürlich ungemünzte zahlreiche Beisammensein der nicht bloß geistig Hilflosen. T a u b e hielt das sogenannte Referat und empfahl eine schauerhaft gewaltige Organisation zur unbedingten und absolut plötzlich wirkenden Zerschmetterung der Sozialdemokratie. Um den miserablen Besuch der vaterländischen Vereine zu stärken, sollen die paar Besucher von jetzt ab gegenseitig ausgelacht werden. Die machtvollen „nationalen“ Demonstrationen des Ausschusses der Unwiderstehlichen sollen von jetzt ab also so zweckmäßig arrangiert werden, daß möglichst überall dieselben Patrioten durch ihre Verwiesung die „mächtige Gesamtheit“ stellen. Ferner sollen gemeinsame Kundgebungen folgen und Redner und Flugblätter ausgetauscht werden.

Zum Führer dieser schrecklichen Mustergarde wurde in einer glücklichen Umwandlung der sieggewohnte D r. J o h n bestimmt. Nun bleibt uns nichts mehr übrig als in demütiger Erfüllung unseres Geschickes unsere restlose Zerschmetterung zu erwarten. Vielleicht erhalten wir aber noch etwas Galgenfrist deshalb, weil der Konvent der hilflosen Sozialistenreferer vorläufig nur alle Vierteljahr einmal lagen will.

Uns wird bestimmt versichert, daß nicht bloß der liberale D r. J o h n, sondern auch der freisinnige W ä h l v e r e i n der L i b e r a l e n dem Bunde aller Dumelmänner und Rückschrittler offiziell beigetreten ist. Wir wüßten nicht, weshalb wir dies für ernttaulich halten sollten.

Der beleidigte Kronprinz.

Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin fand ein Prozeß wegen sogenannter „Beleidigung des Kronprinzen“ gegen die Redakteure der Welt am Montag, Alfred Scholz und Hans Leuß, statt. In der Nummer vom 12. Januar dieses Jahres brachte die Welt am Montag einen mit Hans Leuß unterzeichneten Artikel mit der Ueberschrift: Wilhelm der Letzte? In diesem Artikel wurden die Telegramme erwähnt, die der Kronprinz angeblich an den Oberst von Reutter, damals in Zabern, gerichtet hat. In dem ersten Telegramm hieß es am Schluß: „Bravo!“, in dem zweiten, in dem auf die Vorgänge in Zabern hingewiesen wurde, „Nimmer feste druff!“. Außerdem wurde auf den Regimentsbefehl des Kronprinzen, nach dem er sich von seinem Husarenregiment in Langfuhr bei Danzig verabschiedete, hingewiesen und bemerkt, daß durch derartige Äußerungen die republikanische Gesinnung im Volke nur gefördert werde. Es sei ein Glück, daß der Kronprinz nieleicht erst in 30 Jahren zur Regierung kommen würde, da durch ihn der Friede Europas gefährdet werden könnte.

Die Staatsanwaltschaft erhob wegen dieses Artikels gegen die Redakteure der Welt am Montag Anklage. Die Verhandlung fand am Donnerstag unter starkem Andrang des Publikums

statt. Hans Leuß, dessen Name unter dem Artikel stand, bekannte sich als Verfasser, bestritt aber, die Absicht gehabt zu haben, den Kronprinzen zu beleidigen. — Alfred Scholz beruft sich auf den als Zeugen geladenen Expedienten der Welt am Montag, daß dieser den Artikel in Druck gegeben habe, er (Scholz) ihn aber vor der Veröffentlichung nicht gelesen habe. Leuß sei seit länger dem zehnjährigen Redakteur der Welt am Montag, er unterzeichnete seine sämtlichen Artikel mit Namen, deshalb habe er sich um diesen Artikel nicht gekümmert, zumal dazu keine Zeit vorhanden war.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses werden die D e p e n t l i c h e i t und die Pressevertreter während der ganzen Dauer des Prozesses wegen „Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ ausgeschlossen.

Als Zeugen wurden nur ein Expedient und der Verleger der Welt am Montag vernommen. Dann begründete der Staatsanwalt die Anklage und beantragte gegen den Redakteur Alfred Scholz die Freisprechung, gegen den Schriftsteller Hans Leuß 9 Monate Gefängnis. Der Verteidiger plädierte in längeren Ausführungen für Freisprechung, welchem Antrage sich der Angeklagte Leuß anschloß. Weiter beantragte er, den Oberst von Reutter über die Echtheit der Kronprinzentelegramme zu vernehmen. Der Gerichtshof lehnte den Antrag ab und unterstellte die Behauptung des Angeklagten als wahr, daß er an die Echtheit der Kronprinzentelegramme geglaubt habe.

Nach sehr langer Beratung des Gerichtshofes verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hofmeister in öffentlicher Sitzung: Der Gerichtshof hat den Angeklagten Leuß wegen Beleidigung des Kronprinzen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt; außerdem die Vernichtung der Artikel usw. beschlossen; den Angeklagten Scholz dagegen freigesprochen. Der Gerichtshof hat aus der Verhandlung die Uebersetzung genommen, daß der Angeklagte Scholz den Artikel vor dem Druck nicht gelesen habe, dagegen hat er in der Ueberschrift des Artikels Wilhelm der Letzte? und in der ganzen Abfassung nicht eine Mahnung des Angeklagten Leuß, wie dieser behauptet, erblickt, um auf die engere Umgebung des Kronprinzen einzuwirken und diesen von weiteren ähnlichen Meinungsäußerungen abzuhalten. Der Gerichtshof ist im Gegenteil der Meinung, daß der Angeklagte Leuß „absichtlich“ den Kronprinzen in ehrverletzender, böswilliger Weise beleidigt habe. Das gehe ganz besonders daraus hervor, daß in dem Artikel stehe, der Kronprinz sei nicht würdig, den deutschen Kaisertrön zu besteigen. Der Angeklagte Leuß ist wohl nur zweimal wegen Preßvergehens vor längeren Jahren bestraft, jedoch angesichts der „großen Mißachtung“ und „böswilligen Ehrverletzung“ habe der Gerichtshof dem Angeklagten keine mildernden Umstände zubilligen können, sondern, wie geschehen, erkannt.

Den Verhandlungen wohnte, bis die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, ein Vertreter des Kronprinzen und der Urteilsverkündung ein Mitglied der kronprinzlichen Hofhaltung bei.

Dies ungeheuerliche Urteil ist ein neuer Schlag der Reaktion gegen die gesamte vordringende Entwicklung. Die preussisch-deutsche Justiz proklamiert alle Machtaktoren als sakrosankt. Weder der Militarismus, noch die Polizei noch die gegenwärtigen oder zukünftigen Machthaber dürfen wirksam kritisiert werden. Die Gewissin Luxemburg besprach den Militarismus — ihr wurde ein Jahr Gefängnis indultiert. Der Schriftsteller Leuß beschrieb die Wirkungen der Kronprinzenbetätigung — er erhielt sechs Monate! Der Sozialdemokrat ist gefährlicher als der bürgerlich-demokratische Schriftsteller, weil hinter ihm eine machtvolle Bewegung steht. Deshalb ist das doppelte Strafmaß für ihn erklärlich und in gewisser Sinne eine „Anerkennung“. Aber beide Urteile sind nur aus dem gegenwärtigen verschärften Verfolgungskurs erklärlich. Denn geändert haben sich die Verhältnisse nicht und die Kritik ist in keinem Falle schärfer gewesen: als sie bisher jahrelang geübt wurde. Sowohl der Militarismus wie Wilhelm der Zweite und sein Sohn sind in der Presse und in Versammlungen seit langem scharf angegriffen worden — natürlich immer nur aus politischen Motiven (nie aus persönlichen) heraus. Dies Recht zur Kritik verliert man die Justiz zu bestreiten. Es muß aber energisch verteidigt werden. Das wird auch geschehen, denn Druck erzeugt verschärften Gegenstand. Ein neuer scharfer Verfolgungskurs hat uns gerade noch gescheit, um beim Volke die Erkenntnis von der Gefahr der Reaktion in verstärktem Maße zu wecken. Die just eingeleitete Werbeweche der Sozialdemokratie bietet Gelegenheit, die „politische Lage“ grundsätzlich darzulegen.

Aber vor allem müssen die Schläge der Reaktion patiert werden — und zwar durch Verstärkung der Faktoren des Fortschritts. Die Sozialdemokratie muß ihre Macht gewaltig erweitern! Das ist Deckung durch den Hieb!



Karl Rautsky: Der Weg zur Macht. Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32.



Zweigntederlassungen in Allenstein, Bromberg, Danzig, Dirschau, Graudenz, Königs, Thorn.

Die kluge Hausfrau

kauft nur bestes, bekömmliches und schmackhaftes

BROT

aus der **Danziger Brotfabrik**

G. m. b. H. Tel. 389 **Kolkowgasse 15** Tel. 380

Lebteure ist den durch blaue Schilder gekennzeichneten Geschäften erhältlich

Eigene Verkaufsstellen: Kolkowgasse 15, Baumgärtische Gasse 30, Drehergasse 24, Tischlergasse 35, Melzergasse 11-13, Mattenbuden 20 Danzig, Neufahrwasser: Sasper Straße 23 Danzig, Schönbach: Karthausstraße 103, Danzig-Stadtgebiet: Grauer Weg 8, Dora: Schönfelder Weg 51.

Achtung! Jedes Brot trägt den Stempel **Danziger Brotfabrik G. m. b. H.**

Schuhputz **Nigrin** gibt wasserbeständigen Hochglanz

Berufs-Heidung

Für alle Gewerke Dauerhafte Qualitäten billigste Preise.

Rudolf Brzezinski Holzmarkt 24



Elite für den feschen Herrn **English Club** Breitgasse Nr. 106/107 Jopengasse Nr. 13

Weichsel-Königin Seife besitzt höchste Waschkraft infolge ihres Gehaltes an bestem Terpentinöl.

Überall erhältlich. **J. M. Wendisch Nachf., Seifenfabrik, Thorn.**

Nebenverdienst finden Kolporteurs dauernd durch Vertrieb von Partei- und Gewerkschaftsliteratur in der **Buchhandlung Volkswacht.**

Abholstellen für die Volkswacht sollen vom 1. April ab vermehrt werden. Geeignete Bewerber wollen sich melden an den **Verlag der Volkswacht.**

Maß-Anfertigung feinsten Herren-Bekleidung Beste Verarbeitung. Sehr mäßige Preise.

Eugen Hasse [834] **Kohlenmarkt 14 16** Fernsprecher 1854. **Kohlenmarkt 14 16**

Wegen Auflösung und vollständiger Aufgabe [741] **großer Ausverkauf** zu herabgesetzten Preisen Solinger Stahlwaren, Werkzeuge, Platten, Holzwaren, Emaille, Waschkessel

Gottfried Mischke Inh.: **Carl Steinbrück** Heilige Geistgasse 135 Eisenhandlung Heilige Geistgasse 135

Patent-Reform-Gebiß **100 Mk Zähne 180 Mk** ohne Extraberechnung der roten Kautschukplatte u. 10-jähriger Garantie für Haltbarkeit.

Haltbarer Zahnersatz ohne jede Platte. Besondere merit des Geschmacks und ist fast im Munde. Ich mache darauf aufmerksam, dass ich a. H. in das Recht habe, das Patent-Reform-Gebiß zu fertigen.

Als Zähne à 1.80 Mark liefere ich solche, welche verschiedenl. mit 3, 4 Mk. u. mehr bezahlt werden müssen. **Plomben** billigst. **Reparaturen** an 1 Mk., **Umarbeitung** nicht passender Gebisse schnellstens und billigst. **Nervtöten** 1 Mk.

Bei Bestellungen künstlicher Zähne Zahnziehen kostenlos. Viele Dankschreiben von meinen Patienten über schmerzloses Zahnziehen. Zahnziehen in örtlicher Betäubung à 1 Mk. [535]

Sprechstunden von 8-8 Uhr. **Mewald's** Sonntags von 9-2 Uhr. **Tel. 2621. „Institut für Zahnleidende“ Tel. 2621.** Nähe Hauptbahnhof. **Pfefferstadt 71.** Nähe Hansaplatz

Restergeschäfte werden eingerichtet, erforderlich 100 bis 300 Mark. Offerten unter D. E. 8187 an Rudolf Woffe, Dresden. Kinderbettgestell billig zu verk. Halbe Mäse, Lindenstr. 17, Schöck.

Lichtstrahlen. Monatliches Bildungsorgan für denkende Arbeiter. -- Herausgegeben von Julian Borchardt. Zumeist Abonnement empfohlen. **Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.**

Alkoholfreie Getränke. **Fabrik für alkoholfreie Getränke** von **E. Ehler Nachfolger** **Schilditz.**

Sin alko **Albert Kraft.** Langfuhr, Hauptstr. 91. **Chr. Schatz, Ohra.** Teleph. 450.

Brotfabriken. **Danziger Brotfabrik** G. m. b. H., Kolkowgasse 15 Blaue Schilder kennz. die Niederl. **Bäckereien.** **Bäckerei Köpfer.** Hakelwerk 8, feinste Backwaren

Damenputz u. Modewaren **M. Laube, Ohra** Kurz-, Weiss-, Wollwaren. **Destillation. Liköre.** **F. Berner.** Kolonialwaren. Spandhaus-Neugasse 10-11.

Oscar Schützmann, Tischlergasse 67 ff. Liköre, Rum und Kognak. **Fahrräder, Nähmaschinen.** **Fahrräder und Zubehörteile** **Carl Sielaff, Ohra** Grammophons und Platten.

Herren-Artikel. **Hut-Hans London** Nur 11. Damm 10. **Herren-Garderoben.** **Konfektionshaus für Arbeitergarderoben** **J. Kuhn,** Schüssel-damm Nr. 56 und Langebrücke.

Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen. Erscheint wöchentlich einmal.

Arbeiterbekleidung Maßanfertigung Herrenartikel **S. Lazarus** Oegr. 1894. Langfuhr Hauptstrasse 53. **Goldene 14** Lange Brücke. **Kaufhäuser.** **Sally Bieber,** Stadtgebiet Nr. 46 Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben. **Kohlen, Holz, Bricketts.** **Danziger Brotfabrik** G. m. b. H., Kolkowgasse 15.

Kolonial- u. Materialwaren **A. Hagedorn,** Wallgasse Nr. 25. **C. E. Schimmelmann** vorm. PRANTZ Schüssel-damm 32 Mehl, Hülsenfrüchte etc. **Literatur.** **Zentralbibliothek** zu Danzig **3** kostenlose Bücherausgabe Mittwoch von 7-8 Uhr Sonnabend v. 6-8 1/2 Uhr abends **Dominikswall 8, Hof 1.**

Möbelmagazine. Das **Möbel-Magazin** von **Pr. Lisinski, Langfuhr** Kastanienweg 5a ist bei der Arbeiterschaft die beliebteste Bezugsquelle aller Sorten Möbel. Bequeme Zahlungsbeding. **Restaurants.** **Maurerherberge** Schüssel-damm 28 Verkehrslokal d. freien Gewerkschaften. **Schnupftabak-Fabriken.** **Julius Gosda** Häkergasse 5 II. Priester-gasse 5, Ecke **Schnupftabak-Kachelei.** **Schuhwaren.** **August Wilke** Langfuhr, Hauptstrasse. Billigste Bezugsquelle für reelle Schuhwaren. **Eigene Reparatur-Werkstatt.** **L. Michaelis** III. Damm 6, Heilige Geistgasse 36 Großes Lager gedieg. Schuhwaren Arbeitsstiefel, Reparaturwerkstatt.

Transportgeschäfte. **Roll-Fahren** werden billig ausgeführt **A. Hagedorn,** Wallgasse 25. **Uhren und Goldwaren.** **Uhren und Goldwaren** **S. Lewy Nachf., Danzig** Breitgasse 28, Ecke Goldschmiedeg **Zigarrengeschäfte.** **Organisierte Arbeiter kaufen** bei **Eugen Sellin,** Schüssel-damm 56. **Tabak, Zigarren** Zigaretten **A. KRAUSE** Danzig Rammbau 16. **Partei- u. Gewerkschaftsliteratur** **Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.**